

Die "Zeitung" erscheint morgens und nachmittags, Dienstags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Alle Postgebühren nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittelgebirge sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Post bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M.

Die achtspaltigen Kompatibilität über deren Name kostet 2.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das jetzige Blatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

FRÖHLEICH

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die deutschen Barleistungen

Bis jetzt 244 376 690 Goldmark gezahlt
Paris, 28. Juni.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgendes Communiqué über die von Deutschland auf Grund des Zahlungsplanes bisher geleisteten Zahlungen: Die deutsche Regierung hat soeben auf das Konto der Reparationskommission eine neue Zahlung von 44 Millionen Goldmark in europäischen Währungen geleistet. Diese Zahlung wird zur Tilgung der deutschen Reichsschuld verwandt werden, die auf Grund des Art. 5 des Zahlungsplanes ausgestellt worden sind. Art. 5 schreibt vor, daß Deutschland bis Ende Mai eine Milliarde Goldmark in Gold oder ausländischen Devisen oder in ausländischen Wechseln oder in Reichsschuldscheinen mit drei Monaten Laufzeit zu bezahlen hat. Der augenblickliche Stand der Ausführung dieses Artikels ist folgender: Der Ende Mai übergebene Dreimonatswechsel lautet auf 839 573 000 Goldmark, die ausgeführte Vorkzahlung zur Erreichung des Betrages von einer Milliarde beträgt 160 427 000 Goldmark, das sind insgesamt also eine Milliarde Goldmark. Deutschland hat bis jetzt zweis Drittel der Schuld bezahlt insgesamt 83 949 690 Goldmark gezahlt. In dieser Summe ist die soeben geleistete Zahlung von 44 Millionen Goldmark enthalten. Die seit Mai des Jahres geleisteten Barzahlungen belaufen sich mithin auf 160 427 000 plus 83 949 690 Goldmark gleich 244 376 690 Goldmark. Die obengenannten Zahlen können noch geringfügige Änderungen erfahren.

Die Sachverständigen in Paris

Paris, 28. Juni.

Ueber die heute begonnenen Beratungen über die Ausführung des Londoner Abkommens ist folgender amtlicher Bericht ausgegeben worden: In Fortsetzung der Wiesbadener Besprechungen haben heute die Verhandlungen in Paris begonnen. Teilnehmer waren auf deutscher Seite Staatssekretär Bergmann und Präsident Guggenheimer, auf französischer Seite Minister Loucheur, aus den beteiligten Ministerien die Herren Seydoux, Tanery und Cheslon. Beratungen wurden die Frage der Restitutions und Erschließungen gemäß einer Anregung der Reparationskommission. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand werden morgen fortgesetzt werden. Morgen nachmittags wird über die Lieferung von Materialien verhandelt werden.

Herbe gegen die Sanktionen

Paris, 28. Juni.

Gustav Herbe bezeichnet in einem Leitartikel der "Victoire" die Zustimmung des Generals Höfer zu dem Rückzugsplan der Interalliierten Kommission in Oberschlesien als einen neuen Beweis für den deutschen guten Willen. Warum, fragt er, verweigert sich der Ministerpräsident in diesem Augenblick gegenüber der neuen deutschen Regierung mit ihren demokratischen Tendenzen darauf, die Aufhebung der im Rheinland gegen die alte reaktionäre Regierung ergriffenen Sanktionen zu verweigern? Er fürchtet, der Schwäche angeklagt zu werden. Er fürchtet die politische Unerfahrenheit vieler junger Abgeordneter, die von ihrem Haß gegen Deutschland oder von ihrer Furcht vor ihm verblendet die Räumung der Kohlenhöfen am Rhein und die Befestigung der Zolllinie als einen Rückzug betrachten würden. Will man die demokratischen Tendenzen in Deutschland begünstigen oder nicht? Wenn ja, so hebe man die Sanktionen auf. Es ist unethisch, Sanktionen aufrecht zu erhalten, wenn die Ursache, die sie veranlaßt hat, verschwunden ist.

Der englische Bergarbeiterstreik

Wiederaufnahme der Grubenarbeit am 4. Juli

London, 28. Juli.

Die Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter haben ein vorläufiges Abkommen beschlossen, wonach die Arbeit am 4. Juli wieder aufgenommen wird.

Das mit den Bergarbeitern getroffene Abkommen, demzufolge die Arbeit am 4. Juli wieder aufgenommen wird, sieht vor, daß die englische Regierung eine Unterstützung von 10 Millionen Pfund Sterling vom 1. Juli bis zum 1. Oktober zahlt. Von diesem Tage an treten die neuen Lohnregelungen in Kraft. Diese laufen bis zum 1. Oktober 1922 und sollen gegebenenfalls bis zum 31. Dezember verlängert werden.

Vormarsch auf Konstantinopel

Athen, 28. Juni.

Wie die Agence d'Athene berichtet, haben kemalistische und bolschewistische Seestreitkräfte eine Beschießung der Küstenplätze zwischen Konstantinopel und Sinope begonnen. Eine Herdengruppe der Armee Kemal Paschas hat den Vormarsch auf Konstantinopel angetreten. Gerüchtweise verlautet,

daß der Sultan Anstalten treffe, Konstantinopel zu verlassen, da man die Ankunft Kemal Paschas erwartet, der sich zum türkschen Staatsoberhaupt auszurufen beabsichtigt.

Nach einer Konstantinopeler Meldung werden die Vorbereitungen zur Abwehr der zu erwartenden griechischen Offensive mit großem Eifer betrieben. Ismid Pascha wurde zum Oberbefehlshaber der türkischen Truppen ernannt. Sieben Armeekorps von mindestens 180 000 Mann wurden vollständig neu ausgerüstet. Die kemalistischen Truppen griffen griechische Streitkräfte an, die zum Schutze des linken Flügels der Division von Magnesia aufgebildet worden waren. Diese griechischen Abteilungen mußten sich auf Adar Bazar zurückziehen.

Die Pariser Blätter berichten, daß Griechenland an Sowjetrußland den Krieg erklärt haben, weil es durch Waffenlieferungen und durch Gefestigung von Streitkräften die kemalistische Regierung unterstütze. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Die Lage in Oberschlesien

Wie W. L. B. aus Oppeln meldet, sollen die Polen in Giewitz das Abkommen nicht gehalten haben. Als die Engländer die Stadt verlassen hatten, um eine westlich gelegene Stellung zu beziehen, begannen die polnischen Insurgenten eine Schießerei und besetzten die Wagenwerkstatt der Eisenbahn, die staatlichen Hüttenwerke und ein Stahlröhrenwerk. Die deutschen Arbeiter zogen darauf auf den Marktplatz und verlangten das Eingreifen der Italiener und der Franzosen. Der französische Kommandant leitete daraufhin Verhandlungen mit den Insurgenten ein. Nunmehr traten die Polen den Rückzug an. Vier Angehörige des deutschen Schutzes und zwei Frauen sollen den Augen der Insurgenten zum Opfer gefallen sein.

Aus dem Kreise Rybnik wird berichtet, daß die Polen dort Verstärkungen zusammenziehen. Die Insurgenten sollen überall Terrorakte und Erpressungen verüben. In den Dörfern, so heißt es weiter, halten die Polenführer Versammlungen ab und erklären, im Falle einer ungünstigen Entscheidung würden sie den Kampf gegen Deutschland von neuem beginnen. Weiter wird behauptet, daß die Polen in den letzten Tagen wieder Gefestigungsbesuche verschieben hätten.

Die Munitionsexplosion auf dem Bahnhof in Rybnik, die sich vor einigen Tagen ereignete, soll großen Schaden angerichtet haben. Das Bahnhofsgebäude ist in einen Trümmerhaufen verwandelt worden, die Fensterscheiben sind in weitem Umkreise zerstört, die größte Kirche Oberschlesiens, die St. Antoniuskirche in Rybnik, hat schweren Schaden erlitten. Die Rybniker Hütte hat infolge des angerichteten Schadens ihren Betrieb einstellen müssen.

Zuchthausjustiz

Kempin zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 28. Juni.

Der wiederholt angefaßte und immer wieder verschobene Prozeß gegen den Leunawerksführer Franz Kempin, der in Wirklichkeit Uhlmann heißt, fand am Montag und Dienstag vor dem Halleschen Ausnahmegericht statt. Die Bourgeoisie betrachtete diesen Fall als Sensation, und selbst das Ausland hatte seine besonderen Berichterstatter entsandt. Uhlmann war angeklagt des Hochverrats, begangen durch seine Handlungen als Führer des Leunawerkes. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts lautete das Urteil gegen Kempin auf lebenslängliches Zuchthaus, gegen seinen Adjutanten, den Metallarbeiter Prenzlow, auf zwei Jahre Festung.

Die Lohnsteuer

Im Stenenausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Lohnsteuer in erster Lesung beendet. Den angestrengten Bemühungen der sozialistischen Parteien ist es gelungen, eine ganze Reihe von Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen, so daß das Ziel, den Lohnabzug so zu gestalten, daß er in den meisten Fällen der endgültigen Steuerleistung völlig entspricht ziemlich erreicht ist. Neu eingeführt wurde die Bestimmung, daß in den Fällen, in denen die Werbungskosten höher als 1800 M. sind, auf Antrag eine Bescheinigung vom Finanzamt ausgestellt werden muß, die einen entsprechend sofortigen höheren Abzug durch den Unternehmer zuläßt. Die Unterscheidung zwischen ständigen und nichtständigen Lohnempfängern wurde gestrichen. Von besonderer Bedeutung ist die Annahme des von den Unabhängigen eingebrachten Antrages, daß bei Erwerbslosigkeit und beim Vorliegen ähnlicher Umstände die nicht voll in Abzug gebrachten Abzüge vom Finanzamt auf Antrag unverzüglich in bar zu erstatten sind.

Die zweite Lesung des Gesetzes wird am Donnerstag stattfinden, so daß die Beratung im Plenum auch noch vor der Vertagung erfolgen kann.

Sturmzeichen

Seitdem die Reichsregierung angekündigt hat, daß zur Aufbringung der Reparationslasten der Besitz herangezogen werden soll, toben die Deutschnationalen noch viel ärger als in jenen Zeiten, wo sie gegen die Erbschaftsteuer Steuern liefen. Kamentlich die sehr vernünftige Idee, die Steuern an der Quelle zu erfassen, die Mittel dort zu holen, wo sie wirklich aufgebracht werden können, und die Goldwerte unmittelbar zur Leistung heranzuziehen, hat die Deutschnationalen in ihren heiligsten Gefühlen verletzt. War es doch ein ungeschriebenes Gesetz der deutschen Verfassung, daß die Junker und Großgrundbesitzer der plebejischen Pflicht des Steuerzahlers sich stets im großen Umfang entziehen durften. Und die Revolution hat dieses heilige Recht in der Tat unberührt gelassen, nein, es auf die Kreise des großen mobilen Kapitals und des Schiebertums ausgedehnt. Kein Wunder, daß Westarp und Helfferich ihre Mannen zum Sturm gegen diese verruchte Regierung führen und in ihren Versammlungen und in ihrer Presse eine demagogische Hege entfalten, gegen die alles Bisherige kümperhaft erscheint.

Die "Germania" veröffentlicht darüber einen Artikel, der die Gefahr dieser Bewegung sehr gut kennzeichnet. Sie konstatiert zunächst, daß die Deutsche Volkspartei aus Angst vor den Wahlen sich durchaus unter die Diktatur der Deutschnationalen gebeugt hat und fährt dann fort:

Seit diesem Erfolge ist die Reaktion keinen Tag müßig geblieben, ihn auszubauen und die Opposition zur Sabotage der ganzen Volkstil des gegenwärtigen Reichsabinetts zu erweitern. Besonders hat sie an einem äußeren Anlaß systematisch eingehakt, an der harten Abwehr, die Reichsanwalt Dr. Wirth bei der Besprechung der Gareis-Interpellation nach rechts gerichtet hat. Man ist seitdem zu offenen Drohungen übergegangen, die in der Ankündigung gipfeln, man werde nun zu Taten schreiten! Wenn man wissen will, wie diese "Taten" aussehen, braucht man nur einen Blick in die Rechtspresse der letzten Tage und Wochen zu werfen. Ein ganzes System planmäßiger Verhöhnung tut sich da vor unseren Augen auf, und in ihm spielt die Aufhebung der Steuerzahler eine ganz besondere Rolle. Die Reaktion weiß aus Erfahrungen an sich selber, wie wenig gern der Mensch Steuern zahlt; diese in der menschlichen Natur nur zu begründete Abneigung will man sich für seine parteipolitischen Geschäfte zunutze machen. Darum hat man dafür in Herrn Helfferich seinen besonderen Spezialisten vorgeschickt. Zunächst sollen alle diejenigen Kreise ausgepeitscht werden, die über feste Werte verfügen. Diese Aufpeitschung trägt alle Anzeichen einer Katastrophopolitik an sich. Das versteht ein jeder ohne weiteres, wenn er bedenkt, wie unerlässlich eine Belastung des Besitzes neben der unermeidlichen neuen und starken Belastung des Verbrauches sein wird. Sollten auch die besonnenen Kreise unseres Volkes diesen heftigen Versuch von rechts folgen und die Sabotage der Besitzbelastung dadurch tatsächlich ermöglichen, so würde das die schwerste innerpolitische Belastung unseres Vaterlandes bedeuten, wir ständen innerpolitisch vor Vorgängen ähnlich den außenpolitischen in der Mitte des Krieges, bei denen von rechts die rechtzeitige Herbeiführung eines Friedens verhindert wurde.

Leider hat es den Anschein, als wollten auch gewisse demokratische Kreise in diesem Punkte sich als Hilstruppen zu der Reaktion gesellen, wie einzelne Aufsätze, z. B. im "Stuttgarter Beobachter", erkennen lassen. Kurzum, die Demagogie feiert in diesen Tagen wahre Orgien, und man kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß sich kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstages in deutschen Umrisse die Probleme am politischen Horizont abzeichnen, deren Erweiterung und Ausschärfung vielleicht schon in den parlamentarischen Sommerferien eintreten kann.

Die politische Diagnose des Zentrumsorgans ist richtig. Insbesondere muß gesagt werden, daß die Rolle der Demokraten in der Tat die von Helfferichs Helfern für die Deutschnationalen ist. Die Demokraten haben seit Jahren den Kampf Helfferichs gegen die Besitzsteuer tatkräftig unterstützt. Sie haben ihm bei der Besetzung Erzbergers geholfen, weil Erzberger die Besitzsteuer durchgelegt hatte, nachdem seine demokratischen Vorgänger Schiffer und Dernburg sie sabotiert hatten. Sie machen jetzt im Kabinett bereits Opposition gegen die notwendigen Besitzsteuern, sie fahren fort für den Eintritt der Stinnespartei in die Koalition zu intrigieren, sie helfen in Preußen die bürgerliche Einheitsfront mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gegen die gesamte Arbeiterschaft zu verbinden, sie stimmen für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes, für die deutschnationale Fügung, gegen die Haftentlassung der bayerischen Abgeordneten, kurz: sie entziehen sich immer mehr zu einem Anhängsel der Rechten.

Und das ist eine Koalitionspartei, das stellt Mitglieder zu einer Regierung, die nur eine sehr klare energische und unerlöschende Volkstil gegen die Reaktion, gegen den Nationalismus am Leben erhalten kann. Das ist eben das gefährliche an der deutschnationalen Hege, daß sie in allen bürgerlichen Parteien so leicht Eindruck macht. Denn wenn

auch die „Germania“ behauptet, in den Kreisen des Zentrums durchschaubar man die Rechtsdemagogie, man fühle, daß sie nicht zuletzt das eine erstrebt, die Zentrumsparlei zu zerlegen, so muß doch gesagt werden, daß das Zentrum selbst in seinem rechten Flügel und in Herrn Stegerwald Leute hat, die den deutschnationalen Vorstoß begünstigen. Denn, was Herr Stegerwald in Preußen treibt, worin ihn der Demokrat Dominicus unterstützt, das ist ja gerade die Befestigung der deutschnationalen Macht-Position in der Verwaltung. Die „Germania“ fordert den schärfsten Kampf gegen die schlimmsten Volksbetrüger, die dem Volk vorspiegeln, daß es ohne schwere Steuerlasten gehen könnte. Aber Herr Stegerwald führt keinen Kampf, sondern ist der intimste Bundesgenosse dieser von der „Germania“ an den Pranger gestellten Volksfeinde.

So ist die innerpolitische Situation in der Tat gefährdend. Will das Ministerium Wirth diesen Gefahren entgegen, so kann es das nur durch eine Politik, die die Interessen der breiten Volksmassen gegen die Vorrechte der Deutschnationalen und ihrer Gefolgschaft wahr. Macht die Regierung in der Tat Ernst mit der Erfassung des Besizes, läßt sie sich nicht von einer allzu zaghaften oder offen reaktionären Bureaucratie die klaren Richtlinien verweisen, die durch die Notwendigkeit der Erfassung der Goldwerte, des Schutzes des Einkommens der Arbeiter und Angestellten, der Wegbestimmung der Grund- und Bergwerksrenten zugunsten der Allgemeinheit gegeben sind, dann kann sie den Kampf getrost aufnehmen, dann wird der Ansturm der Rechten abge schlagen werden.

Ob die Regierung solche Kraft aufbringen wird, steht dahin. Nicht der Feind von außen, die Feinde in ihren eigenen Reihen, die Reaktionäre, die die Führung der Demokraten an sich gerissen haben, der rechte Zentrumsflügel, sind am meisten zu fürchten. Die Arbeiterklasse aber muß wissen, daß es bei diesem Kampfe der Rechtsparteien gegen die Regierung, der bürgerlichen Parteien untereinander, vor allem um ihr Wohl und Wehe geht. Sie kann in den Steuerkämpfen nicht gleichgültiger Zuschauer sein, sie muß mit größter Energie geschlossen und mit gesammelter Kraft in diesen Kampf eingreifen. Wie in keiner anderen politischen Frage ist in dieser das Interesse der gesamten Arbeiterklasse klar, eindeutig und eins. Deshalb muß auch der politische Kampf klar und geschlossen geführt werden.

Sonderbare Auslegungen

An die Ausführungen, die Genosse Breitscheid auf der Berliner Generalversammlung vom vergangenen Sonntag über das Kabinett Wirth und die Einheitsfront des Profetarriats gemacht hat, werden in der Presse allerlei abwegige und zum Teil unsinnige Kommentare geknüpft.

Das „Berliner Tageblatt“ zieht z. B. aus der Tatsache, daß die Versammlung auf eine Dissolution des Kabinetts verzichtet hat, den Schluß, die Einigungsverhandlungen zwischen Unabhängigen und Rechtssozialisten seien offenbar bereits so weit gediehen, daß man sie durch eine Debatte nicht habe führen wollen. Obwohl bereits mehrfach ausdrücklich solche Einigungsverhandlungen in Abrede gestellt worden sind und obwohl auch die Ausführungen des Genossen Breitscheid nicht die geringste Andeutung enthielten, aus der die Vermutung, es fänden auch nur die unerbittlichsten Besprechungen statt, Nahrung ziehen könnte, lassen sich bürgerliche Zeitungen ihren Glauben nicht nehmen. Wir fürchten daher, daß sie auch dann nicht aufhören werden, „zwischen den Zeilen zu lesen“, wenn wir noch einmal mit allem Nachdruck alle ihre Kombinationen als gänzlich unbegründet bezeichnen. Sie mögen also weiter orakeln.

Einen anderen Punkt hebt der „Vorwärts“ hervor. Er glaubt aus dem, was Breitscheid über unsere Haltung zur gegenwärtigen Regierung sagte, einen Widerspruch zu der allgemeinen Stellungnahme unserer Partei gegenüber einer Koalition mit bürgerlichen Gruppen konstruieren zu können. Der Satz, „es ist zu hoffen, daß sich die Richtung Wirth durchsetzt“, scheint dem rechtssozialistischen Organ nicht im Einklang mit unserem, auch von Breitscheid unterstrichenen grundsätzlichen Bekenntnis zum Klassenkampf zu stehen.

Dieser Gedankengang ist um so unverständlicher, wenn man im Auge behält, daß Breitscheid Wirth in einem gewissen Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Kabinetts, wie Grabnauer und Schiffer, gestellt hat. Die Unabhängigen werden leichter in der Lage sein, die jetzige Regierung gegen die Attacken von rechts her zu verteidigen zu helfen, wenn der Einfluß der unsicheren und zweifelhaften Elemente innerhalb des Kabinetts zurückgedrängt wird. Mit unserer grundsätzlichen Stellung zu Koalitionsregierungen hat das, wie ja auch die Reden und Abstimmungen unserer Fraktion im Reichstag beweisen, nichts zu tun.

Miesbach in Staffurt

Das bayrische Heßblatt, der „Miesbacher Anzeiger“, hat in Staffurt Konkurrenz bekommen. Im „Staffurter Tageblatt“ tobt ein Mann namens Hottenrott — nicht Hottenrott! — gegen Sozialisten, Atheisten, Juden und Judengenossen, in einer Weise, die vom „Miesbacher Anzeiger“ und von Anknüpfung kaum überboten werden kann. Unsere Genossen werden nicht anders wie „Lumpen“, „Idioten“ und „Schufte“ tituliert, den Rechtssozialisten ergeht es ebenso. Die Angestellten der Arbeiterbewegung sind „vollgefressene Judengeschlechter, die man aus Deutschland hinauswerfen muß“, die Regierungen, die seit der Revolution bestanden haben, sind „Juden- und Spihubenregierungen“, die Minister ohne Ausnahme die „größten Dummköpfe“, deren ganze Tätigkeit darin besteht, Stellen für Futtertrümpfen zu schaffen.

In den letzten Tagen wütet das Blatt besonders gegen Rathenau, den „Juden- und Volkswissenstrenner“. Auf der ersten Hauptblattseite erschien zweimal ein Bild, das einen wütenden Mann darstellt, der drohend den Wunsch ausspricht: „Hinaus mit dem Juden Walter Rathenau!“ In einem Artikel gegen den Wiederaufbauminister heißt es:

„Herunter mit ihm! Hinaus mit allen jüdischen Ministern! Und Du, Walter Rathenau, höre, was Dir das deutsche Volk zuruft: Auf den höchsten Gipfel der trotzigsten Arroganz hast Du deinen Herrscheranspruch über die deutsche Nation hinausgetrieben. Sei gewarnt, Israel! Das Maß ist gefüllt bis zum Rande. Dich, die Schlange, hat das große übermächtige Deutschland an seinem arglos vertrauenden Busen genährt. Graut Dir noch immer nicht, laßtwilliger, laßwilliger Schandale-Geist dieser Erde? Es gibt ein Erwachen! Einmal Tages macht das deutsche Volk auf und über Juda kommt die Rache der Christen! Dann Juda, wehe Dir! Wie von Deinem Jerusalem kein Stein auf dem anderen bleibt; wird auch von Deinem Volke wenig oder nichts in Deutschland übrigbleiben.“

Die Stadtverwaltungen mit sozialistischer Mehrheit haben es dem Herrn Hottenrott ebenfalls angetan. Er spricht von einem „Salunkenmagistrat voll Schuftigkeiten“, von „Lumpen in Jopindern“, „Berrättern“ und „Charakterlose Bande“. Ebenso ergeht es den sozialistischen Lehrern. Natürlich verzerzt der Mann auch das Kaiserium und fordert seine Wiederaufrichtung durch das „ornamentbrannte Volk“. In einem Artikel über Oberpfälzen heißt es:

„Armes, dreimal armes Deutschland. Fast fünf Jahre mehrheitlich Du Dich unterm kalterischen Adler gegen die ganze Welt, heute unter der verlauchten Fäulnis Ebert-Ballonmühle darfst Du sogar der verkommenen Pöle treten!“

Wir glauben, diese Stillproben genügen. Eigentümlich berührt es nur, daß der Oberpräsident Höring, der gegen die Kommunisten und ihre Blätter so schneidig vorzugehen weiß, dieser vergiftenden Hege ruhig zusieht. Daß aus ihr eines Tages, wie in München, ein Nord erwachen kann, ist wohl einleuchtend. Das Blättchen ist zwar nicht stark verbreitet, aber es wirkt auch in kleinem Kreise verheerend genug. Daß die Hege, die der Hottenrott in Staffurt betreibt, gesessenlich von einer Zentralkomitee aus gesteuert wird, geht daraus hervor, daß der Deutschnationale Schug- und Trugbund Flugblätter verbreiten läßt, deren Inhalt den Auslassungen des Staffurter Blättchens sehr ähnlich ist. Die Deutschnationalen aber, die den antisemitischen Kabauböbel zu ihrem Parteianhang zählen, werden auch die Verantwortung zu tragen haben für die Folgen, die aus einer derartigen gemeinen Hege hervorzugehen.

Die Schuldlosigkeit der Bergverwaltung

Nach einer Notiz des „Berliner Lokalanzeigers“ soll durch die Ermittlungen der Untersuchungskommission die Schuldlosigkeit der Bergverwaltung bei dem Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis einwandfrei festgestellt sein. Der „Lokalanzeiger“ stützt den Inhalt seiner Notiz auf Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen. Zweifellos ist diese Meldung nur auf eine Zurechnung berechnet. Denn die parlamentarische Untersuchungskommission hat ihre Tätigkeit noch keineswegs beendet, besonders sind die Anklagen über schlechte Verpflegung der Zeche Mont Cenis und so weiter noch keineswegs entkräftet. Im Gegenteil. Außerdem wurden Feststellungen anderer Art gemacht, die darauf hinweisen, in welcher leichtfertiger Weise das Zehnkapital mit dem Leben der Bergarbeiter spielt.

Sicher mögen diese Einzelheiten Blättern vom Schlage des „Lokalanzeigers“ unangenehm sein, aber es zeugt nur vom schlechten Gewissen der kapitalistischen Kreise, wenn sie durch inspierte Notizen die Schuldlosigkeit der Schuldigen glauben feststellen zu können.

Abtransport der internierten Russen

Der Abtransport der im August v. J. nach Ostpreußen übergetretenen und 50 000 Angehörigen der russischen Sowjetarmee ist, wie die P. P. R. hören, auf dem Landwege von Altdamm nach Riga und auf dem Seewege von Stettin nach Narwa und unmittelbar nach Petersburg ohne Störung durchgeführt worden und im wesentlichen beendet. Uebriggeblieben sind in den Lagerlagern Havelberg, Parchim und Soltau noch etwa 500 Kranke, weil die Sowjetregierung nicht in der Lage war, rechtzeitig Lazarettzüge zur Uebernahme nach Riga entgegenzusenden; ferner etwa 600 Internierte, die gebeten haben, in Deutschland bleiben zu dürfen, weil sie Gegner des Bolschewismus sind. Diese sind im Lager Lichtenhorst im Kreise Neustadt a. R. u. B. untergebracht worden. Ein Teil wird zu Kultivierungsarbeiten im Lichten Moor verwendet; der Rest zu landwirtschaftlichen Arbeiten in Niederlagern herangezogen, damit sie selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können. Die übrigen bisher mit Internierten belegten Lager sind geräumt.

Ein Reinfall der Deutschnationalen

Arbeiterdemonstration gegen Revanchepolitik und Nationalismus

Die Nationalisten suchen bekanntlich aus allen Blüten parteipolitischen Honig zu saugen. Besondere Erfolge versprechen sie sich deshalb von der 25-Jahrfeier des Koffhäuserdenkmals. Seit Wochen wurde in Mitteleuropa eine lebhasse Agitation betrieben, die nicht nur die Beteiligung an dem Fest des Koffhäuserbundes fördern, sondern die nationale Begeisterung im allgemeinen heben sollte. Im Vordergrund dieser Agitation stand die Hohenzollernverherrlichung. Der größte Triumph dieser nationalistischen Aktion war aber die Beteiligung Hindenburgs. Dieser Triumph sollte nicht nur auf dem Koffhäuser ausgeführt werden. In Nordhausen z. B. sollte er unter dem Geleit der städtischen Behörden, der Begleitung der Schul Kinder eine Propagandafahrt für die Deutschnationalen unternehmen.

Der Stadtschulrat von Nordhausen empfahl „i. A. des Magistrats“ die Beteiligung an dem Empfang. Doch die Vertreter der Arbeiter hatten den Plan erfassen und wöhrien sich gegen den Versuch, ihre Kinder als Staffage zum Empfang eines Mannes benutz zu sehen, der das leuchtende Symbol des ihnen feindlichsten politischen Systems ist und der mit am schärfsten den Militarismus und die Kriegsgibel verkörperl.

Die Arbeiter Nordhausens kündigten für den Fall, daß der Magistrat seine Verfügung an die Schulen nicht zurückziehen sollte, Gegenkundgebungen an. Unter diesen Umständen gab der Oberbürgermeister nach. Der Hindenburgempfang in Nordhausen wurde abge sagt.

Run schäumten die Nationalisten auf. Und natürlich konnten die Demokraten dabei nicht abseits stehen. Es begann eine Hege londersgleichen gegen die „Vaterlandsverräter“. Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen durchzogen unter Absingen nationalistischer Lieder, gegen die Arbeiter demonstrierend, die Straßen. Die Speicher sammelten sich am Bahnhof, um den „Salonwagen“ Hindenburgs aufzuhalten.

Das war am 18. Juni. Am 20. Juni demonstrierte Herr Oberlehrer Dr. Böhmschmidt mit seiner Schule für Hindenburg und dessen Ideen auf einem öffentlichen Platz in einer Rede.

Run trat die Arbeiterklasse auf den Plan. Geschlossen erhob sie sich in Massenversammlungen, um Stellung zu nehmen gegen die Hindenburgpolitik. Eine Demonstration unter Führung des Landtagsabgeordneten Genossen Kleinspohn wurde mit Polizeigewalt auseinandergetrieben, während die gegen die Republik gerichtete am Tage vorher unbehelligt geblieben war. Der Oberbürgermeister erklärte in einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung, der Terror der Arbeiterklasse sei unerträglich und der Zusammenstoß zwischen Bürgertum und Arbeitern sei unvermeidlich, er müsse kommen. Dieser Mann ist Mitglied der Demokratischen Partei! Und er sagte das nur, weil die Arbeiter ihre Kinder nicht zu nationalistischen Parteitreibern benutz leben wollen. Eine Wache à la München setzte gegen den Genossen Kleinspohn ein. Das steigerte den Kampfesmut der Nordhäuser Arbeiter. Am Donnerstag nachmittag stellten 11-12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ein und zogen in geschlossenem Zuge unter der Parole „Gegen Kriegshege und Nationalismus“ durch die Stadt. Eine Gegen demonstration der Bürgerlichen verpuffte.

Die Aktion, von den Nationalisten eingeleitet, um „für den Tag der Abrechnung“ zu werden, endete mit einem Sieg der Idee der Arbeiter, dem Gedanken des internationalen Sozialismus und des Friedens.

Die Art aber, wie die Reaktion versucht, den behördlichen Apparat und die Schule in ihren Dienst zu stellen, ist eine ernste Warnung an die Arbeiterschaft, überall auf dem Posten zu sein, um neue Positionen zu gewinnen, alle zu halten und sie immer mehr mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen.

Der Leidenweg der Erwerbslosen

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuh des Reichstags wurde auch am Dienstag noch keine endgültige Erledigung der Anträge zur Erwerbslosenfrage erzielt.

Abg. Simon (U. S. P.): Einzelne Unterstützungsempfänger erklären, es verlöhne sich nicht, für einen Arbeitslohn zu arbeiten, der die Unterstützungssätze nur um ein wenig übersteigt. Man darf aber nicht für den Mißbrauch einer Sache die Sache selbst verantwortlich machen. — Abg. Körtgen (Soz.) und Dähmann (U. S. P.) widerlegen die Behauptung des Regierungsvertreters, daß die Unterstützungssätze an den Arbeitsverdienst heranzureichen. — Abg. Dähmann (U. S. P.): Die Erwerbslosen haben in den meisten Fällen schon eine lange Leidenszeit als Kurzarbeiter hinter sich. Daher die verzweifelte Stimmung in den Industriezweigen. Eine Preisentkung ist nur bei den Artikeln eingetreten, die von den Arbeitern nicht gekauft werden können. Es ist mit einer wachsenden Teuerung zu rechnen. Für die Kurzarbeiter und Vollerwerbslosen muß finanziell getan werden, was das Gebot der Stunde fordert. — Der Regierungsvertreter: Die Unterstützungssätze werden noch weiter erhöht werden. Die Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung seit dem vorigen Jahre wurde aufgehoben. — Abg. Krähig (Soz.): Die Befreiung der Industrie von den Fesseln der Kriegswirtschaft hat keine Erleichterung gebracht. Man darf die Arbeiter nicht durch die Verzweiflung in die Hände von Elementen treiben, die kein Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufbau haben. — Abg. Wieber (Zentr.): In England und in anderen Siegerstaaten sind die Löhne entsprechend der Teuerung gestiegen. Bei den gegenwärtigen Sätzen können die Erwerbslosen nicht mehr bestehen. — Abg. Tremmel (Zentr.) regt an, zu prüfen, ob nicht jetzt schon, nachdem die Arbeitslosenversicherung in Vorbereitung ist, zu der die Arbeitgeber Beiträge leisten müssen, diese Beiträge zur Entlastung des Reichs von den Arbeitgebern erhoben werden könnten. — Einem deutschnationalen V. hauptung gegenüber erklärte Abg. Aßken (Soz.): Der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit liegt nicht in der Bauindustrie, sondern vor allem in der Metallindustrie. Bei der Frage der Erwerbslosensfürsorge handelt es sich um einen Notbehelf. Den Bedürfnissen der Bauwirtschaft hat der Reichstag durch das Umlagergesetz und durch das Gesetz über die Kalowirtschaft Rechnung getragen, nun muß auch den Varias der Gesellschaft, dem Erwerbslosen, geholfen werden. — Weiterberatung Mittwoch.

Verfassungskonflikt in Bayern

München, 28. Juni.

Im Verfassungsausschuh des Landtages wurde gestern die Regierungsvorlage über die Schulpflege, Schulaufsicht und Schulleitung behandelt. Dabei ergab sich ein Verfassungskonflikt. Die Regierung stellte sich auf Grund eines Ministerratsbeschlusses auf den Standpunkt, daß der Landtag nur über die Punkte Schulleitung und Schulaufsicht zu entscheiden habe, daß dagegen für die Frage der Schulpflege die Regierung allein zuständig sei. Diesem vom Kultusminister eingehend begründeten Standpunkt schloß sich die Bayerische Volkspartei an. Alle anderen Parteien waren anderer Ansicht und wollten auch die Regelung der Schulpflege durch den Landtag in bindender Weise beschließen haben. Ueber die Anregung, den Ausschuh darüber abstimmen zu lassen, ob der Punkt Schulpflege dem Staatsgerichtshof unterbreitet werden soll, kam keine Einigung zustande. Schließlich wurde mit 18 Stimmen sämtlicher Parteien bei Stimmhaltung der Bayerischen Volkspartei ein Antrag Dr. Ditz (Demokrat) angenommen, daß die ganze Regierungsvorordnung der Genehmigung des Landtages unterstellt werden muß. Dieser Ausschuhbeschluss wird jetzt an das Plenum gebracht. Die materielle Beratung der Regierungsvorlage wird zurückgestellt, bis die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorliegt.

Die russische Agrarpolitik

Die Moskauer „Pravda“, das Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, kritisiert scharf die bisherige Agrarpolitik der Sowjetregierung, die in bezug auf rationelle Landverteilung trotz der Enteignung des Großgrundbesizes und der Bildung eines großen staatlichen Landfonds zu keinem befriedigendem Ergebnis geführt habe. Es arbeitete zwar jahrelang eine Menge von Feldmessern und Landverteilungsbeamten, jedoch trage ihre Arbeit einen ausgesprochenen theoretischen Charakter und es könne trotz des großen zur Verfügung stehenden Landfonds noch immer keine Rede von genügender Landverteilung an die einzelnen Bauern und Gemeinden sein. Die Fälle, wo es dem einen Dorfe an Ackerland mangle, während in naher Nachbarschaft ein Ueberfluß an solchem vorhanden sei und außerdem Land aus dem staatlichen Fonds drach liege, sei überaus häufig. Tatsächlich entfallen 20 Prozent aller unbedauten Vändereien der Sowjetrepublik auf den staatlichen Fonds. Dieses genüge zum Beweis, daß die Agrarpolitik Sowjetruhlands nicht geordnet sei und daß die einzelnen Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, ihren Zweck verfehlt hätten. Die Einführung der Natursteuer werde zwar eine Erhöhung der Produktivität mit sich bringen, aber eine Grundlage für die rationelle Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Individualbetriebe könne sie nicht abgeben. Nur eine planmäßige Landverteilung sei dazu imstande. Solange die verschiedenen Felder desselben Besitzers 2 bis 3 Werst voneinander entfernt liegen, sei eine rationelle Wirtschaft unmöglich. Da die Notwendigkeit der Existenz des individuellen Kleinbäuerlichen Besitzes von der Partei anerkannt sei und ein solcher sogar festgestellt werden soll, verlangt die „Pravda“, daß eine entsprechende konkrete Form der Bodenutzung geschaffen und daß eine rationelle Bodenverteilung durch ein Siedlungs- und Umsiedlungsgesetz angebahnt werden solle.

Eine immer wiederkehrende Verleumdung. Die Verteidiger des Max Hölz, Justizrat Dr. Brod, Fraenk und Rechtsanwalt Hege wisch, bitten uns, mitzuteilen, daß ihr Assent der Brauchere des Herrn Ludwig Bergmann „Max Hölz“ völlig irrthümlich. Vor allem sei es völlig unwahr, daß Franz Pfeimert und Otto Rühle, geschweize denn Frau Pfeimert, mit der Unterzeichnung revolutionärer Gelder oder mit der Verhaftung Hölz in irgend einem Zusammenhang ständen. Bergmann habe, so läßt Hölz weiter mitteilen, eine schriftliche Darstellung seines Lebenslaufes, die er ihm vor längerer Zeit gegeben habe, durch erfundene Zusätze ergänzt und dadurch ein ganz falsches Bild von Hölz entworfen.

Verhaftetes Heresgut. Der Reichsrat stimmte einem Gesetzentwurf zu, der abermals die Herausgabe von noch verhaftet gehaltenem Gerät der Militärischen Mission beschleunigen will. Er schließt sich an die früheren Gesetze dieser Art an, verurteilt die Strafen, wenn auch eine weitgehende Amnestie (!) festgelegt wird, und macht auch denjenigen angezeigentlich, der Kenntnis von dem Verbergen erhalten hat. Die Anzeige soll bis zum 15. August bei den vom Reichsschatzminister zu bestimmenden Behörden erfolgen.

Der Etat der Stadtgemeinde Berlin

Ablehnung durch Unabhängige und Kommunisten

Die gestrige Stadtratsversammlung hatte die Entscheidung über den Etat 1921 zu treffen. Diese Entscheidung war keine leichte, bringt doch der Etat neben starken Kürzungen der kulturellen Aufgaben eine starke Belastung der Steuerzahler in Form von Erhöhungen des Gaspreises. Unsere Fraktion ist nach eingehender Beratung zur Ablehnung des Etats gelangt, und sie hat ihre Stellung begründet in einer Erklärung, die gestern Genosse Radtke im Auftrage der Fraktion abgeben sollte, aber leider infolge Widerspruchs der bürgerlichen Partei daran gehindert wurde, so daß sie nur zu Protokoll gegeben werden konnte. Sie lautet:

Das Gesetz betreffs Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin entspricht nicht unseren Forderungen. Die Selbstverwaltung und das Bestreben der neuen Einheitsgemeinde, ihre Angelegenheiten in der ihr selbst notwendig erscheinenden Form zu erledigen, wird durch Maßnahmen der Aufsichtsbehörden ständig verhindert.

Trotzdem hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei positiv mitgearbeitet und mancher Belastung der Groß-Berliner Bevölkerung trotz schwerster Bedenken zugestimmt, nur, um finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden.

Der neuen Belastung der minderbemittelten Bevölkerung durch Erhöhung des Bezugspreises für Gas und Elektrizität zur Deckung des Festbeitrages im Etat 1921 können wir jedoch nicht zustimmen, weil außer der Erhöhung zu diesem Zweck eine weitere Erhöhung des Bezugspreises durch Erhöhung der Kohlenpreise in naher Aussicht steht.

Wir müssen verlangen, daß das Reich den Bedürfnissen Groß-Berlins mehr entgegenkommt, und daß die fehlende Summe durch höhere Anlässe bei der Reichseinkommensteuer, der Umsatzsteuer, eine Wettrennsteuer, Plakatssteuer, Steuer auf Segelboote und Yachten und durch Ersparnisse bei einzelnen unnötigen Ausgabenpostitionen ergänzt wird.

Volkspartei und deutschnationale Partei ließen erklären, daß sie trotz schwerer Bedenken sich für Annahme entschlossen hätten, da in Zukunft Ausgaben nur gemacht werden sollen, wenn die Deckungsfrage Zug um Zug gelöst wird. Als Redner der Rechtssozialisten erklärte Stadtv. Borchardt die Zustimmung seiner Fraktion, welche trotz schwerer Bedenken, den Etat bewilligen wolle. Sie sei bereit, die Verantwortung für diesen Schritt zu tragen.

Für die Kommunisten sprach Leh, der den Etat ablehnte. Seine Partei wolle nicht beitragen, die bürgerliche Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Seine sonstigen Ausführungen waren ein wirres Durcheinander. Mit Politik hat das von ihm Gesagte nichts zu tun.

Der Redner der Kommunisten hielt eine derartig lange Rede, daß die Aussprache über ihre eigene Ansjage wegen des Gutsarbeiterstreiks nicht zu Ende geführt werden konnte. Bei der Behandlung dieses Gegenstandes kam es noch zu einer recht widerlichen Szene, die bewies, auf welchem Tiefstand die Kommunisten angelangt sind. Das ist kommunistische Politik, die wirklich keine Arbeiterfrage praktisch gelöst wissen will.

Sitzungsbericht

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsteher Dr. Wehl berichtet Stadtv. Schaldach (Sp.) über die Beratungen des Ausschusses zur Vorberatung des Stadthaushaltsplanes.

Die Erörterungen erstreckten sich auf die Erhöhung des Schulgeldes und der Elektrizitätspreise sowie die Abreise für die Einzelentscheidungen der Bezirke. Der Ausschuss hat beschlossen, den künftigen Etatsausgang festsetzen zu lassen, ihm die verschiedenen Anträge zu überweisen und ihn mit den Vorarbeiten für den Haushaltsplan für 1922 zu beauftragen. Mit Ausnahme der bisherigen Linken haben sich alle Parteien bereit erklärt, an der Fertigstellung des Haushaltsplans mitzuarbeiten. Die Mehrheit verlangt, daß künftig, wenn Ausgaben bewilligt werden, zugleich auch für Deckung gesorgt wird. Die Mehrheit des Ausschusses hat den Etat angenommen, ebenso eine Anzahl von Anträgen, die schon durch die Presse mitgeteilt worden sind. Unter Erhöhung des Vorbehaltsfonds um 14 Millionen Mark empfiehlt der Ausschuss, den Haushaltsplan auf 6 116 664 700 M. festzusetzen.

Vorsteher Dr. Wehl ersucht im Namen des Kostenausschusses alle Etatredner dringend, sich der möglichsten Kürze zu befleißigen.

Genosse Zubeil

bemängelt zunächst die eigenartige Etatberatung und sagt, daß dieser Etat nicht ein solcher des Magistrats ist, sondern lediglich der des Kämmers. Ungehörige Streichungen sind vorgenommen an dem Kapitel Jugend und Wohlfahrtspflege. Ja, man ist nicht einmal davor zurückgeblieben, die Mittel für den Moralunterricht zu streichen, so müssen z. B. in Lichtenberg 4000 Kinder, welche nicht mehr an dem Religionsunterricht der Schule teilnehmen, auf einen derartigen Unterricht verzichten. Bei der Pariserwallung sind 5 Millionen gestrichen worden. Mehr als 63 Plätze sehen der Verhinderung entgegen, die Millionen gekostet haben. Vermutung da, wo bisher Erholung war. Dem Kämmers dürfte bekannt sein, daß infolge der Vertierung der Eisenbahnfahrt die Arbeiterklasse nicht mehr möglich ist, außerhalb der Mauern Berlins Erholung zu suchen. Alle Streichungen gehen in erster Linie auf Kosten der Arbeiterschaft. Wir gehen einem schweren Winter entgegen, und mehr als bisher werden wir die Kälte der Erwerbslosen erleben. Wir müssen sehr wohl, daß Berlin nicht allein die Frage der Erwerbslosenfürsorge zu lösen imstande ist, das Reich hat die Pflicht, zu helfen. Aber Berlin hat zum mindesten die Pflicht, Arbeit zu schaffen. Die Erwerbslosen wollen keine Almosen, sie wollen Arbeit. Die Wohnungsnot ist von allen Seiten anerkannt, hier ist eine Möglichkeit, Arbeit zu schaffen. Der Kanalbau kann nicht weitergeführt werden, weil keine Mittel im Etat stehen. In Charlottenburg waren 10 Millionen Mark für die Arbeitslosen eingelegt, man hat es für nötig gehalten, zwei Millionen zu streichen.

Für die Fortbildungsschulen hat man Mittel gestrichen. Der Kämmers sagt, es ist gelungen, Einnahme und Ausgabe ins Gleichgewicht zu bringen, das ist eine sehr billige Rede. Wenn er glaubt, sparen zu müssen, so sind noch andere Wege vorhanden, wo sich eine solche Gelegenheit findet. In den höheren Schulen sind heute noch nicht die Befähigungsfeststellungen, trotzdem ist die Pflichtstundenzahl für „überlastete“ Direktoren herabgesetzt, bis zu einer Ermäßigung von etwa 3000 Stunden ist man gekommen, was einer Ausgabe von 2½ Millionen Mark gleichkommt. Bei was einer Ausgabe ist man immer gleich mit Entlassungen bei der Hand. Im Gaswerk Gieselerstraße konnte ein Angestellter Hand. Im Gaswerk Gieselerstraße konnte ein Angestellter Hand. Im Gaswerk Gieselerstraße konnte ein Angestellter Hand.

Was die Steuerfrage angeht, so werden wir in dieser Angelegenheit noch manches ernste Wort reden. Diesen Etat kann kein Oberpräsident schlechter machen als er ist. (Stadtv.

v. Egnern: Da kennen Sie den Oberpräsidenten (Schloß.) Der Redner sagt darauf dem Zwischenrufer, daß er es gerade gewagt ist, der vor dem Oberverwaltungsgericht verurteilt hat, das Urteil bis nach der Etatberatung hinauszuschieben. Es dürfte aber nicht die Angst um den Etat gemeint sein, als vielmehr die Furcht vor einer Wahlbewegung zu einer Zeit, da der größte Teil seiner Freunde sich auf Urlaub befindet. Die Urteilsprüche sind Klagen gegen die Bürgerlichen, es darf aber nicht verkannt werden, daß zweifellos noch andere Kreise dahinterstehen, die in diesem Hause an hervorragender Stelle stehen.

Redner geht dann noch auf die Polizeikosten und die sonderbare Verkehrspolitik ein, die zu einem Zusammenbruch führen muß. Auch die Autofahrten der Direktoren usw. unterzieht er einer scharfen Kritik. Schließlich unternimmt er noch einen scharfen Angriff auf die Ernährungspolitik und erklärt dann, daß seine Freunde diese Bankrotwirtschaft ablehnen. Die Macht des Kapitalismus geht zu Ende mit kleinen Schritten, er hält sich nur noch durch die Gewalt. Die Arbeiterklasse, welche augenblicklich terrissen marschiert, sieht ihm im Nacken. Sie wird sich ihre neue Zeit aufbauen, mag man die Justizhäuser füllen, die neue Zeit wird kommen, dann wird es keine Herren und Knechte mehr geben, sondern nur noch freie Menschen. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.)

Stadtv. Dr. Borchardt (Soz.) gibt dem Vorredner insofern Recht, daß eine solche Etatberatung noch nicht dagewesen sei. Seine Freunde seien sich der Verantwortung bewußt, einem Etat zuzustimmen, der in seinen Einzelheiten nicht durchberaten ist. Aber wenn Berlin Finanzverhältnisse zu einer Geländung geführt werden sollen, dürfte keine einsame Zeit eintreten.

Stadtv. v. Egnern (Sp.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion, in welcher es heißt: Wir bedauern ferner die mannigfachen und einschneidenden Abstriche, welche besonders in den Haushalten der neu hinzugezogenen Vorortgemeinden vorgenommen worden sind und erwarten, daß es dem ständigen Haushaltsausschuss gelingen wird, eine, die Bedürfnisse der verschiedenen Stadtbezirke in gerechter Weise würdigende Regelung für das nächste Haushaltsjahr vorzubereiten. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, glauben wir, dem vorliegenden Etatsplan zustimmen zu sollen.

Stadtv. Widke (Dnat.) gibt die Erklärung ab, daß die deutschnationale Fraktion sich entschlossen habe, die vielen Bedenken zurückzustellen, sie erwarte aber vom Magistrat, daß er für die künftigen Etats die Anregungen beachten werde, die ihre Vertreter im Ausschuss gegeben haben.

Stadtv. Leh (Komm.) lehnt den Etat ab und begründet diese Ablehnung in einer kommunistischen Dauerede. Die Arbeiter sehen deutlich, gegen wen sie zu kämpfen haben. In zahlreichen Anträgen, die von der Mehrheit mit Gelächter aufgenommen werden, beantragen die Kommunisten eine erhebliche Menge von Streichungen in den Einnahmen und Einstellung sehr vieler Ausgabenposten.

Stadtv. Dr. Dose (Dem.) gibt die Erklärung ab, daß auch die demokratische Fraktion dem Etat zustimme. Dabei schließt sie sich den Grundgedanken an, die hier von Herrn v. Egnern im allgemeinen dargelegt sind.

Stadtv. Lange (Zent.) schließt sich auch im allgemeinen den Richtlinien der Deutschen Volkspartei an, wenn sie auch manche Ausstellungen am Etat hätten.

Ein Schlußantrag fand Annahme. Es folgten dann die üblichen sehr stürmischen Geschäftsordnungsdebatten.

Genosse Stadtv. Radtke wollte zur Abstimmung des Etats obenbesagte Erklärung abgeben, wurde aber durch den Kadaver der bürgerlichen Parteien daran verhindert und gab sie nunmehr zu Protokoll.

In namentlicher Abstimmung wurde der Haushaltsplan einschließlich der beantragten Tarifierhöhung und Steuerläge mit 82 Stimmen gegen 68 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgte eine längere Aussprache über den Antrag Dr. Wehl u. Gen. (U.S.): Den in Streit befindlichen Guts- und Landarbeitern auf den städtischen Gütern eine 10-prozentige Lohnzulage zu gewähren.

Genosse Stadtv. Zimmermann hält eine schwere Anklagerede gegen die Verwaltung der städtischen Güter. Nach dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hätte der Magistrat in Verhandlungen einzutreten müssen; da man es nicht getan hat, erleidet Berlin schwere materielle Schädigungen. Jetzt zieht man die Steuern aus der Umgegend heran, um die Ernte zu verschleudern. Die Mittel, die dafür ausgegeben werden, genügen, um den Forderungen der Landarbeiter gerecht zu werden. Magistrat und Stadtratsversammlung waren nach Stellung unseres Antrages verpflichtet, den Antrag der Tarifdeputation auf Gewährung eines Zuschlages von 15 Prozent zuzustimmen, weiter sollte das Deputat bestehen bleiben. Alsdann geht der Redner auf den Schwandel der bürgerlichen Presse ein, und weist nach, daß noch Löhne von 1,55 M. und darunter gezahlt werden. Es ist dringend notwendig, den Landarbeitern eine geordnete Lebensmöglichkeit zu geben. Weiter muß aber verlangt werden, daß ihnen auch das Mitbestimmungsrecht gegeben wird. Die Betriebsräte müssen Gelegenheit haben, bei den Verwaltungsinstanzen mitzuraten, nur so wird eine erhöhte Rentabilität der Güter herbeigeführt, welche eine Besserstellung der Gutsarbeiter mit sich bringt. Redner kritisiert dann noch den militärischen Geist, sowie die Mikrowirtschaft auf den Gütern, um zum Schluß die Annahme des Antrages zu fordern.

Eine neue Geschäftsordnungsdebatte brachte nach einem prozessierenden Ausdruck des bürgerlichen Stadtv. Kaufbold eine neue Erregung, in welcher einige Kommunisten handgreiflich gegen den Stadtv. Kaufbold wurden.

Nach längeren Ausführungen des Stadtrats Koblenzer wurde dann um 1/11 Uhr die Sitzung vertagt.

Berminderung des Offizierkorps

Der Friedensvertrag von Versailles billigt der deutschen Reichswehr 4000 Offizierstellen zu. Gegenüber der bisherigen Zusammenlegung dieser 4000 Stellen verlangte die Entente-Kommission, daß auch diejenigen Beamten der Reichswehr, die vor dem Kriege schon höhere Militärdemane waren, in die Offizierszahl eingerechnet werden. Es handelt sich dabei besonders um Feuerwerks- und Zeugoffiziere sowie Zahlmeister. Um dieser Forderung in Ausführung des Ultimatums nachzukommen, wird in diesen Tagen, wie die V. P. N. hören, die Zahl der eigentlichen Offiziere der Reichswehr erneut vermindert und zwar insgesamt um 280 Stellen. Vor etwa 8 Tagen wurden schon etwa 70 Verabschiedungen durchgeführt, entsprechend der Zahl der zu übernehmenden Feuerwerks- und Zeugoffiziere. Die Uebernahme der Zahlmeister in die Offiziersstellen bedingt eine Entlassung von 190 Offizieren. Besonders hart betroffen von dieser Einschränkung wird das Reichswehrministerium, bei dem 60 Offiziere zur Entlassung gekommen sind.

Es wäre am zweckmäßigsten, die Reichswehr überhaupt zu beseitigen. Sie kostet jährlich mehrere Milliarden Mark, die für andere Zwecke viel besser verwendet werden könnten, z. B. für den Wohnungsbau. Militärisch betrachtet, kommt die Reichswehr für einen Krieg nicht in Betracht; und das ist gut so. Innenpolitisch betrachtet, bedeutet das unter monatlicher Führung stehende Heer eine ständige Bedrohung der Republik; es ist also der Republik nicht dienlich, sondern im höchsten Grade gefährlich. Seine Beseitigung würde somit der Republik politisch und finanziell große Vorteile bringen.

Schanddemokraten

Zu der Ablehnung des Antrages der Unabhängigen Fraktion im bayerischen Landtag auf Haftentlassung des Genossen Toller und der übrigen Abgeordneten, schreibt die Berliner „Volkzeitung“:

„Wir hoffen, daß die Fraktion ihre Ausschuhvertreter desavouieren wird. Denn darüber müssen sich die bayerischen Demokraten klar sein, daß sie einen integrierenden Bestandteil der Demokratie opfern, für den Parlamentarismus sabotieren, wenn sie bei einer solchen Stellungnahme verharren würden. Die Tatsache, daß die verurteilten Abgeordneten selbst in Bayer nur Festungshaft erhalten haben, beweist, daß sie sich nicht unehrenhafte Handlungen haben zuschulden kommen lassen. Es heißt, das Wählerrecht außer Wirkung setzen, wenn ihnen jetzt die Ausübung ihres Mandates einfach unmöglich gemacht wird.“

Diese Stellungnahme der „Volkzeitung“ war zu erwarten. Ihre Meinung dürfte aber genau so wenig Einfluß auf die Haltung der Partei ausüben, wie die Meinung der „Frankfurter Zeitung“, hob doch neulich der Abgeordnete Dr. Böhm ausdrücklich hervor, daß die demokratische Fraktion sich ihre Haltung in keiner Weise von der „Frankfurter Zeitung“ vorzeichnen lasse.

Wir würden aber nun noch gerne die Meinung des „Berliner Tageblattes“ hören, jenes Blattes, das gegenwärtig wieder einmal jede reaktionäre Handlung zu loben bereit ist.

Der Sozialismus in Kärnten

Am vorletzten Sonntag haben in Kärnten die Wahlen zum Landtag stattgefunden, bei denen die Sozialisten wiederum als die stärkste Partei hervorgegangen sind. Sie vereinigten nicht weniger als 42 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich. Gegenüber den Wahlen von 1919, wo 48 Prozent aller Stimmen auf die Sozialisten entfielen, bedeutet dies allerdings einen kleinen Rückgang, aber es ist zu beachten, daß damals viele Slovenen nur aus Abneigung gegen das Habsburger Unterdrückungsregime für die sozialistische Partei gestimmt haben. Inzwischen ist eine nationale-slovenische Partei gebildet worden und man konnte nun vorhersehen mit einer Stimmenabwanderung der Sozialisten rechnen. Die Wahlen ergaben aber überraschenderweise einen nur unbedeutlichen Stimmenverlust. Die Kleinbauern haben durchweg für die sozialistische Partei gestimmt. Bedenkt man, daß in Kärnten ein Industrieproletariat so gut wie nicht besteht, so ist der sozialistische Erfolg nicht hoch genug zu veranschlagen.

Kleberschmitter war das Wahlergebnis hingegen für die Kommunisten. Einige Einzelresultate mögen dies illustrieren. Es erhielten Stimmen in:

	Sozialisten	Kommunisten
Klagenfurt	4 200	224
Hermagor	1 705	3 (drei)
Bilach	15 035	59
Sant Veit	9 453	20
Wolfsberg	4 578	11

Insgesamt stehen 59 689 sozialistischen Stimmen 730 Stimmen der Kommunisten und 69 497 Stimmen der bürgerlichen Listen gegenüber.

„Der Kommunismus marschiert“, hören wir die Kommunisten immer rufen, aber alle Wahlergebnisse zeigen, daß er bestenfalls auf dem Schwarz begriffen ist, wenn er überhaupt jemals marschiert ist.

Der auswärtige Ausschuh des Reichstags beschäftigte sich in seiner Dienstagsitzung zunächst mit der oberösterreichischen Frage. Reichsminister und Reichsaussenminister ergriffen wiederholt das Wort. Die Verhandlungen waren vertraulich. Darauf wurden die Sanktionen behandelt. Die Besprechung hierüber im Plenum soll noch in dieser Woche erfolgen. Auch die Handelsbeziehungen mit Italien wurden erörtert und die vorliegenden Petitionen erledigt.

Der gefällte Bericht. Der „Berl. Lokal-Anz.“ hat einen angeblichen Geheimbericht des Generals Le Rond an die französische Militärmission in Berlin veröffentlicht. Der französische Botschafter hat hierzu dem Reichsminister des Auswärtigen ein Schreiben überreicht, in dem er erklärt, daß dieser Bericht in allen Punkten gefälscht sei.

Die Kosten der Rheinbesetzung. Der Brüsseler Sonderkorrespondent des „Temps“ teilt mit, daß gegenwärtig von Sachverständigen der verbündeten Regierungen die Kosten der Besatzungsarmeen in Rheinland geprüft werden und daß die Angelegenheit demnächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden soll. Belgien wüßte angeblich, daß für die Besatzungskosten eine Gesamtpauschalsumme von ungefähr 250 Millionen Goldmark festgesetzt werde.

Die Bergewaltung Georgiens. Auf dem Kongress der Englischen Arbeiterpartei wurde auf Antrag Snowden eine Entscheidung angenommen, in der von der Koslauer Regierung die sofortige Abberufung der russischen bolschewistischen Truppen aus Georgien gefordert und dem vom bolschewistischen Imperialismus unterjochten georgischen Volk die wärmste Sympathie zum Ausdruck gebracht wird.

Ausbruch des Stromboli. Dienstag abend wurde, wie aus Messina gemeldet wird, aus der Richtung des Stromboli eine heftige Explosion gehört. Der Vulkan kam in Tätigkeit; die Bevölkerung ist geflüchtet.

Ausschneiden!

Druckfache
2m die
Sauptexpedition der „Freiheit“

Berlin 62
Breite Straße 8-9

15. 11. 1920

Porzellan

Weiß

- Speiseteller 295
- Dessert-Teller 100 Kompott-Teller. 125
- Saucieren 625 Beilagschalen 490
- Platten für 195 Pf. Butterdosen 425
- Milch-Töpfe von 95 Pf. an Kaffee-Kannen von 575 an
- Kuchen-Teller 325 Dose f. Marmeladen 245
- Tassen mit Untertassen 105 Obertassen mit kleinen Fehlern 95 Pf.

Bunt bemalt

- Kaffeegeschirre für 6 Personen 9 teill. 85 M 87 M 45 M
- Kaffeegeschirre für 12 Personen 16 teill. 115 M
- Kaffeegeschirre für 2 Personen 85 M 75 M 85 M 32 M
- Küchengeräte 22 teill. 275 M 218 M 165 M
- Satzmilchtöpfe 6 Stück 50 M 46 M 44 M
- Obstteller 8,40 8,25 4,25 3,25 Obstservice 7 teill. 115 M 85 M
- Geele 8,25 3,75 Kaffeebecher 270
- Teller bunt 4,90 2,75 Tassen 8,90 3,60
- Speiseteller blaues Strohmuster, tief und flach 7,25
- Kaffee-Geschirre blau-Band Meißner Streublumen zu bedeutend herabgesetzten Preisen

A. Wertheim

Leipziger Str. (Versand-Abteilung, Berlin W9) Königstrasse Rosenthaler Str. Moritzplatz

BILLIGER VERKAUF

Mittwoch bis Sonnabend: Glas, Porzellan und Steingut

Glas

- Wassergläser glatt und gepreßt 95 Pf.
- Teebecher glatt 95 Pf.
- Teebecher mit Rand 175
- Honiggläser mit Schraubdeckel 1 an 45 von
- Bierbecher Viktoria 195
- Bierbecher glatt 120
- Likörgläser gepreßt 135
- Bierseidel 375 425
- Salzgefäße 38 Pf.
- Sturzflaschen mit Glas 675
- Wassergläser geschliffen 460

Teller

65

und

85

Pfennig

- Mundwassergläser 195
- Bonbongläser 790 900
- Blumenvas. leicht geschliff. v. 675 bis 2950
- Konservengläser Globus* 3,96 2,25 2,10 190
- Einmachehafen 48 Pf. 115 145
- Einkochapparat für 1 Glas, auch Gemüsedämpfer 490
- Gummiringe (rote) 20 Pf., (schwarz) 40 Pf., 25 Pf.
- Preßglasgarnituren zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Steingut

- Kaffeebecher 95 Pf.
- Saßschüsseln weiß, 6 Stkck. 1650
- Saßschüsseln bunt, 7 Stkck. 2450
- Spülnäpfe weiß 120 135 155 175
- Suppenschüsseln weiß, flach 390 bis 1290
- Suppenschüsseln mit Deckel, bunt. 12 M
- Kartoffelnäpfe mit Deckel, bunt. 725
- Waschbecken. 975 1350 1750
- Wasserkannen. 775 975 1350
- Waschgarnituren creme, 3 teilig. 36 M

Schwarz und braun glasiert:

- Zuckerboxen 260 325
- Tassen 265 Milchtöpfe. 325
- Zuckerschalen 95 Pf. 325
- Dosen für Butter 245 325 für Gelee 290 490
- Blumentöpfe Malolika 975
- Steintöpfe ganz besonders preiswert grau 5 M bis 15 M braun 95 Pf. bis 475
- Flaschen für Essig und Öl 95 Pf.
- Einmachetöpfe 65 Pf. 95 Pf.

Bedeutend herabgesetzt Vasen, Schalen, Tiere i. Kopenhag. Art Porzell.-Vasen m. Pollergoldrand u. Verzierung 975 bis 95 M Apfelblüten-, Rosen- u. Irisblumen-Dekoration 875 bis 90 M

Kunstgewerbe Ständ. Ausstellung v. wetterbeständ. Kunst-Steinfiguren, Schalen, Vasen, Brunnen etc. für Gartendekoration

In fast allen Abteilungen

Saison-Ausverkauf

Preise bedeutend herabgesetzt

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr:
Der Bauer als Millionär
Reines Volksstheater
Röhricher Str. 65
2 Uhr:
Die Lokalbahn
Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Cavalleria rusticana
Opernhaus
7 Uhr: Die Wälder
Opernhaus
Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potash u. Perlmutter
Kammerspiele
7 1/2 u. 11 Uhr: Zwei glückliche Tage
Großes Schauspielhaus
Reichstraße
7 1/2 Uhr: Die Weber
(Auker Abonnement)
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max und Moritz
Wenn das Spiel gemacht ist - ab dafür
Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Olga Himmels in
Aur ein Traum
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper
Alt-Heidelberg

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Wo die Schwärzen nisten
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr:
Mascottchen
Walthalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsstelle
II. Follies Caprice
III. Schicksalsergebnisse
Liebe en gros
mit G. B. Wenzel
7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlamm
mit Wilhelm Hartstein
Berliner Brater
Katharinen-Ufer 7-9
Täglich 4 1/2 Uhr:
"Varieté"
Wenn Engel streifen!
Operette in 3 Akten
Komödienhaus:
Waldenstraße 7,30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Erdmann u. G.
Josephs Platz u. Eisenstr.
a. W. Karion, Georg Wafel,
Kurt Buch, Julius Kog.
Metropol
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der weltberühmte
Juni-Spielplan

Theater am Rollendorplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Theat. a. Kettb. Ten
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
- 10 Herren!
Vork. 11-12 u. 6-7
Neue Welt
Arnold Scholz
Säulende 108/114
Mittwoch, den 20. Juni
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
II. Großes Kinderfest
Kinderbelustigungen aller Art!
Wettrennen - Topfchlagen
Gauchspiele - Puppentheater
und Fackelzug
Um 6 Uhr:
Aufziehen des Zirkusballons
"Neue Welt"
Anfang 4 Uhr
Eintritt 2 Uhr
Die Kaffeeküche ist von
2 Uhr ab geöffnet!

Zeißfeldstecher
6. und 8. Hoch, Aukt. Ränbig
M. Steckelm 300,
Berlin W9, Potsdamer Str. 135
(Rügelw. 9289)
Guy de Maupassant
Romane und Novellen
1. Die Schwestern
2. Die Schwestern
3. Die Schwestern
4. Die Schwestern
5. Die Schwestern
6. Die Schwestern
7. Die Schwestern
8. Die Schwestern
9. Die Schwestern
10. Die Schwestern
11. Die Schwestern
12. Die Schwestern
13. Die Schwestern
14. Die Schwestern
15. Die Schwestern
16. Die Schwestern
17. Die Schwestern
18. Die Schwestern
19. Die Schwestern
20. Die Schwestern
Jeder Band elegant
gebunden 8.40 Mk.
Buchhandlung "Freiheit"
Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Allgem. Driskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.
Auf Grund des § 14 H. der Wahlordnung wurde zum Zweck der Wahl des Ergebnis der Wahl vom 21. Juni 1921 wie folgt festgestellt: Ingesamt sind abgegeben 3092 Stimmen, davon wurden als ungültig erklärt 4 Stimmen. Von den verbleibenden 3088 Stimmen entfielen auf Wahlvorschlag Nr. 1: 286, auf Wahlvorschlag Nr. 11: 2708 Stimmen. Gemacht sich geltend: vom Wahlvorschlag Nr. 1: 3 Vertreter und vom Nr. 1 bis 4: 4 Ergänzungen und vom Nr. 1 bis 6: 6 Ergänzungen und vom Nr. 1 bis 11: 11 Ergänzungen und vom Nr. 1 bis 28: 28 Ergänzungen und vom Nr. 29 bis 34: 6 Ergänzungen der Wahl kann bis am 13. Juli 1921 beim Vorstand oder Versicherungsamt der Kasse in Berlin angefordert werden; in dem gleichen Tage läuft die Frist zur Anmeldung des als gen. Abg. erklärten Wahlvorschlags der Arbeitgeber ab.
Berlin-Mariendorf, 27. 6. 21.
Der Vorstand.
Zelp, Vorsitzender.
Wunderfründe finden die schönsten Karten und Wanderscheine in dem Buch von Paul John "Mein See und mein Feld". Geschmackvoll gebunden. 6.-Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung "Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Statt Karten
Für die beim Einzeichnen meines geliebten Mannes, unseres herzensguten Vaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels
Richard Bendin
erwiesene Teilnahme sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus.
Die trauernde Hinterbliebene.
Neukölln, d. 28. 6. 1921.
Westmanns
Trauer-Magazin
Große Kasowstr.
Billiche Preise.
I. Roggenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Kollonnenstr.)
Kasowstr. 7090
Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Der Ruhegehalt meines geliebten Mannes, unseres herzensguten Vaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels
Berthold Schulz
geb. 7. 11. 1854, d. 24. 6. 1921.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 29. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium in Bornschulnsee, Riefholzerstr. statt.
Der Schlichter
Adolf Freygang
Wanggraben 49, am 26. 6. 1921.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Juni, nachm. 1 Uhr, von der Leichenhalle des Eisdammes Kirchhofes in Friedhofstraße aus statt.
Keine Beteiligung wird erwartet.
Ihre fromm Anhänglichen
Die Ortsverwaltung.

Aus schneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Untergzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

"Freiheit"

Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit der wöchentlich einmal erscheinenden

inhaltsreichen Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"

zum Preise von Mk. 10.— monatlich, Mk. 5.— halbmonatlich

bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____

(Namen deutlich schreiben, Adresse genau angeben: vom, Hof, Eil., Unterweg.)

Diesem Bestellschein bitten wir an die Hauptredaktion, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.

Der Verlag.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2%, in Zahlung genommen!

Preisermäßigung bis 50% und darüber im Saison-Ausverkauf

Trikot-Sportjacken 40.— / Kunstseid. Sportjacken, schwarz 98.— / Gummimäntel für Damen 300.—, für Herren 415.— / Sportkostüme, Loden 395.— / Lodenmäntel 270.— / Phantasie-Modelle in Mänteln, Kleidern, Kostümen durchweg für 550.—, darunter Stücke zum Teil bis 1600 / Plüschmäntel 775.— / Astrachanmäntel 300.— / Pelzmäntel 2500, 3500, 4700

Westmann

I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin N0, Gr. Frankfurter Str. 115

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftsverh. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Auf Rothen 185, 1239, 1987, 9714.
Donnerstag, den 30. Juni, abends 6 1/2 Uhr
Gemeinsame Versammlung
der Klempner, Rohrleger und Helfer
in Altema Gefällen, Säulende 13 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Der Stand unserer Bewegung.
2. Verbandes- und Begehrenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Vertrauensleute beider Verbände treffen sich um 5 Uhr im kleinen Saal.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Am Donnerstag, den 30. Juni 1921, nachm. 4 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 46
Vertrauensmännerversammlung
der Gold- und Silberarbeiter
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt
Die Ortsverwaltung.
Verband d. Moler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin
Donnerstag, den 30. Juni 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelstr. 15
Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag in Frankfurt a. M. in
2. Diskussion.
3. Wahl eines Beiratsmitgliedes und eines Stellvertreters.
4. Wahl von 4 Delegationskommissionsmitgliedern für den 1. Bezirk.
5. Bericht der Schlichtungskommission.
6. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Groß-Berlin

Seid umschlungen, Millionen . . .

Dies Motiv, im übertragenen politischen Sinn, hat sich eine Oesterreich-Deutsche Gesellschaft zu eigen gemacht, die die Oesterreicher von ihren wirtschaftspolitischen Uebeln erlösen und den Anschluß an Deutschland fördern will.

Wie macht man das nun? Mit einem „prominenten“ Führer an der Spitze und einem Schwarm von „namhaften“ Vorstandsmitgliedern übt man sich in — Geschäftshuberei engros und arrangiert „in sämtlichen Räumen des Zoo“ ein Oesterreichisch-Deutsches Sommerfest.

Vergangenen Sonnabend fand ein solches Fest statt. Als gesellschaftliches Edikt galt: „Herren im Straßenanzug, Damen in Sommerkleidung“. Entree? 25 Mark. Jede Steigerung des Genusses muß mit weiteren Repperien für Weingenuß usw. erkauft werden.

Paul Löbe, der Unvermeidliche, Präsis besagter Vereinigung, kam, sprach und siegte. — Reichwehrrmusike trompetete zwerchfellerschütternde — österreichische Weisen im preußischen Stahlschritt. (Armer Johann Strauß, guat, daß d' dös net erlebt hast. —)

„Buam“ und „Diend!“ liefen herum, bei deren Anblick jedes Alpenhornvieh vor Schreck ausgetrieben wäre und die Worte ausgetostet hätte: „Dös holt' i net aus. Verkaufst mei G'wand, i fahr' in Himmel!“

Das „Sommerfest“ war weder österreichisch, noch deutsch, noch originell, sondern die betriebliche Dekebanz von Berlin W. dominierte, verkaufte Blumen und Lose, ließ sich beim sogenannten „Geurigen“ anubuden und tanzte für den Anschluß. — Oesterreichs natürlich. Jeshas, war dös a Heh! —

Dem vielsköpfigen Vorstand aus allen Lagern und Richtungen machen wir einen Vorschlag: Die benannte Gesellschaft legt den Ton aufs Oesterreichische. Ihr, resp. dem Vorstand, gehören wachsechte Oesterreicher an. U. a. Hugo Schulz, den als österreichischer Presseattaché Berlin zu beherbergen das Vergnügen hat. Dieser Kriegsheh der Feder sollte sich zur Verfügung stellen, indem er in altösterreichischer Offiziersuniform austritt, die gegen Ende des Krieges diesen Leuten in Oesterreich verliehen wurde, und sich nur durch ein goldenes „K.“ (Kriegsberichterstatter) am Kragen von den Sternchen der „echten“ Offiziere unterscheidet. Das österrische Vergnügen, das ein solcher Anblick allein schon gewährt, würde noch dadurch gesteigert werden, wenn Schulz keine Disputation aus der „Wiener Arbeiterzeitung“ (aus dem Kriege) vorlesen würde, in welcher er sich über die Vor- und Nachteile der Verleihung der Offiziersuniform an Kriegsberichterstatter ausließ.

Das wäre österreichisch, echt und originell, würde auch eine besondere Note abgeben und der G'paß hätte keine Grenzen.

Wenn man sich für Habsburg-Hohenzollern einseht (mit Einschluß seines Lebens logar), warum nicht auch auf ein Viertelständchen für den „Anschluß“ wirken, den die Oesterreichisch-Deutsche Gesellschaft zu fördern vorgibt.

Damit nehmen wir Abschied von unkeren Freunden und rufen nur noch ein „Püat Ent Gott!“ diesen G'häpsterhubern zu.

Der Waffenfund in Schöneberg

Stürmische Bezirksversammlung.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es in der Schöneberger Bezirksversammlung am Montag über die kürzlich erfolgte Beschlagnahme von Waffen im dortigen Rathaus. Bezirkswo. Wilberg (Unabh.) führte aus, daß die Bevölkerung Schönebergs peinlich überrastet worden sei, als im Schöneberger Rathaus durch die Wachsamkeit des Betriebsrats ein großes Waffenlager entdeckt worden sei, das weder angemeldet noch abgeliefert worden war. Diese Waffen seien von der durch den damaligen Oberbürgermeister Dominicus herbeigerufenen Tergartenkompanie gesammelt worden. Die Einwohnerwehr habe sich der Pflicht zur Ablieferung der Waffen entzogen; 40 Rippen mit 12 500 scharfen Patronen und Maschinengewehre, Handgranaten und Waffen seien gefunden, während im Dezember von der Abwicklungsstelle nur 1163 Gewehre, 113 Maschinengewehre und 23 000 Patronen abgeliefert

worden seien. Bezirksvertreter Kaspar (Soz.) berichtete zur Begründung des Antrages seiner Fraktion, daß eine Organisation der Rechten da sei, um das Deutsche Reich zu stürzen. Im Schöneberger Hof lag die Absicht vor, Waffen zu verladen. Jetzt wolle man gegen den Betriebsrat wegen groben Vertrauensbruchs vorgehen. Bürgermeister Berndt erwiderte: Dem Bezirksrat war von dem Versteck eines Waffenlagers nichts bekannt. Ob eine strafbare Handlung vorliege, würde eine gerichtliche Prüfung ergeben. Er müsse jede Schuld von sich abweisen, er habe als Bürgermeister nicht die Pflicht, in den Kellern eines müßerwillig gesicherten Rathauses nach Munition zu suchen. (Das ist ja noch schöner, wenn ein Bürgermeister nicht einmal für die Vorkommnisse in seinem Amtsgebäude verantwortlich sein will! Wie musterträchtig das Rathaus „geführt“ wurde, zeigt ja der Waffenfund recht deutlich!) Stadtv. Dr. Anders (Dnat.) meinte, daß es sich nur um eine rein agitatorisch ausgewertete Angelegenheit handle. Nach Annahme eines Schlußantrages wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen folgender Antrag Dr. Haub angenommen: Die Bezirksversammlung beschließt, einen gemischten Ausschuß einzusetzen, der die Klärung der mit dem Fund der Waffen im Rathaus verbundenen Vorgänge und das Verhalten der habsburgischen Angehörigen aus Anlaß der Beschlagnahme der Waffen einer Nachprüfung unterzieht. Er hat eine gründliche Kontrolle der Räume und sonstigen Gebäude vorzunehmen.

Die unfähige Eisenbahnverwaltung

Der Anhalter Bahnhof steht seit Montag morgen im Zeichen der Ferienonderzüge. Unendliche Menschen, „Schlangen“, wie man sie kaum in der Kriegszeit gesehen hat, rauen sich vor den Fahrkartenschaltern und verhindern jeden normalen Verkehr.

Man hält es kaum für möglich, daß die Eisenbahnverwaltung naiv genug ist zu glauben, sie ein Fahrkartenschalter für ein Reisegebiet genüge, um den Ansturm zu bewältigen. Es sind zwei Schalter geöffnet, infolgedessen haben Reisende bis fünf und sieben Stunden gewartet, bis sie endlich eine Fahrkarte „erstanden“ hatten.

Was ihnen denn eigentlich für naive Gemüter in den dafür verantwortlichen Dienststellen der Eisenbahnverwaltung? Soviel Ueberlegung sollte man doch selbst bei einer Behörde voraussetzen dürfen, daß sie bei den jetzigen Eisenbahntarifen zu jeder billigeren Fahrgelegenheit einen gewaltigen Ansturm zu erwarten hat.

Auf dem Anhalter Bahnhof herrscht anscheinend überhaupt ein absonderlicher Betrieb. Als ein Reisender kürzlich eine Auskunft einholen wollte, ging er zunächst in der Schalterhalle zum Wärtner. Dessen Raum war geschlossen; an der Tür hing ein Schild: „Wenn geschlossen. Auskunft auf dem Querbahnsteig.“ Die Auskunftsstelle auf dem Querbahnsteig war gleichfalls geschlossen, ein Schild verwies auf den Wärtner. Sehr praktisch!

St. Bürokrats bei der Eisenbahn

Die Eisenbahnverwaltung läßt die Schläde des Bahnhofes Wustermark (Verschiebebahnhof) nach einem Bauplag in Wustermark abfahren, wo die Schläde als Bettungen beim Feldbahnbau Verwendung finden. In den Schläden befinden sich noch große Mengen brauchbaren Koks. Dieser Umstand veranlaßt dort beschäftigte Arbeiter und Bewohner, den Koks herauszusammeln und mit nach Hause zu nehmen. Lange Zeit hatte man nichts dagegen einzuwenden, bis jetzt plötzlich Aufsichtsbeamte auf dem Bahnhof Wustermark das Verlangen an die Sammler richteten, ihre Säcke dort auszuschütten. Die Einwände, daß das wertvolle Brennmaterial doch verloren sei, wurden nicht beachtet.

Man glaubt in dieser Zeit der Brennstoffnot, wo sonst alle Maßnahmen zur Ersparung von Brennstoffen ergriffen werden, so handeln zu dürfen. Wir möchten demgegenüber betonen, daß es vernünftiger wäre, falls es sich nicht lohnt, durch die Bahnverwaltung selbst den Koks herauszusuchen zu lassen, das Ausschmelzen von Koks zu fördern, weil dadurch das volkswirtschaftlich wichtige Material wenigstens eine zweckmäßige Verwendung findet. Die Eisenbahndirektion hat auch keinerlei Recht, daß durch die Abfuhr hertenlos gewordene Gut wieder für sich zu beantragen. Wir verlangen daher die Beseitigung des Verbotes zum Ausschalen von Koks aus der fast wertlosen Schläde.

Unterdrückung des Straßenhandels

Die Straßenhändler Berlins protestierten am Sonntag, den 26. d. M. im Lustgarten gegen Unterdrückung und Schikanieren von den Polizeigarden. Von dem Redner, Stadtverordneten Zimmermann, wurde besonders die able Tüchtigkeit der sogenannten Jagdkommandos geschilbert. Ausreichendes Material stand dem Redner zur Verfügung für die Behauptung, daß oftmals völlig

unbegründet und willkürlich Sistierungen von Straßenhändlern durch die Jagdkommandos vorgenommen werden. Dabei werden die Händler auf der Wache und auf dem Wege nicht selten mißhandelt. Straßenhändler werden von den Polizeigarden als minderwertige Menschen angesehen, denen gegenüber man sich alles erlauben könne.

Die Straßenhändler haben genau so gut wie jeder andere Anspruch auf gleichmäßige Behandlung. Der Verband wird in Zukunft in jedem Einzelfall Klage gegen die schuldigen Beamten erheben müssen. Auch muß alles Material von Uebergriffen der Polizeibeamten durch die Organisation gesammelt werden, um im Landtag verwendet werden zu können.

Eine neue Herausforderung der Arbeiterschaft

Am Sonnabend, den 25. d. M., fand in Buch eine gemeinsame Versammlung der drei sozialistischen Parteien statt, in der gegen die Ermordung des Genossen Gareis und die bewaffneten reaktionären Selbstschuß-Organisationen Stellung genommen werden sollte.

Des Nachmittags wurde in dem herrlichen Park des Ortes ein Wohltätigkeitsfest der rechtsstehenden Parteien zur Errichtung eines Denksteins für die im Weltkriege Gefallenen veranstaltet. Arbeitervereine und ähnliche reaktionäre Organisationen waren zahlreich erschienen. Der Park war zu diesem Zweck gepflastert und durfte nur gegen ein Eintrittsgeld von 3 M. betreten werden. Ob man der Arbeiterschaft den Park ebenfalls zur Verfügung stellen würde, darf wohl sehr bezweifelt werden.

In den Nachmittagsstunden verbreitete sich im Ort das Gerücht, das zum „Schuß“ der reaktionären Festteilnehmer ein hartes Aufgebot der Schuppolizei das Genedungsheim befehlen würde. Tatsächlich rückte auch bald darauf die Schupo in erheblicher Stärke in Buch ein und besetzte das Genedungsheim.

Kurz nach dem Eintreffen der Schupo bekam der ruhige und friedliche Ort ein kriegerisches Aussehen. Militärische Patrouillen durchzogen in Abständen von 5-7 Minuten die Straßen, um festzustellen, daß die Arbeiterschaft ihre Versammlung und den sich daran anschließenden imposanten Umzug mit G'gang unter oorbittlicher Ruhe und Ordnung abhielt.

Es muß gefordert werden, daß die Schupo für andere Zwecke Verwendung findet, da es im höchsten Maße verwerflich ist, die Beamten, die bereits ohne die überflüssigen Alarmierungen gegen den inneren Feind einen äußerst schweren und anstrengenden Dienst haben, gegen die Arbeiterschaft künstlich zu erbittern.

Die Arbeiterschaft von Buch hat an diesem Tage gezeigt, daß die geschicktesten Herausforderungen nutzlos sind, wenn Geschlossenheit und Einigkeit in ihren Reihen ist. Nach Abkündigung der Internationale und einem Schlußwort, das darin gipfelte, einzig und nachsach zu sein, fand die von durchaus vornehmendem Geist getragene, wichtige Veranstaltung mit einem Hoch auf die völkerverbindende internationale Sozialdemokratie ihr Ende.

Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

1. Die heute von der arbeitenden Bevölkerung sehr stark beachtete öffentliche Versammlung der drei sozialistischen Parteien verurteilt aufs schärfste den feigen Mord an dem Genossen Gareis. Sie fordert von der Regierung die Durchführung der von dem A. D. G. B. aufgestellten Richtlinien. Die restlose Entwaffnung der reaktionären Selbstschußorganisationen ist beschleunigt durchzuführen. Ebenso ist jede Umkleidung dieser die Sicherheit des Staates gefährdenden Kampfformationen zu verhindern. Die Versammelten erklären, jeden reaktionären Anschlag auf die Republik durch eine geschlossene Einheitsfront abzuwehren.

2. Die arbeitende Bevölkerung von Buch erhebt gegen die prognostizierende Besetzung des Ortes mit bewaffneter Schuppolizei, aus Anlaß der gemeinsamen öffentlichen Volksversammlung der drei sozialistischen Parteien, energischen Einspruch. Derartige kurzfristige, durch nichts zu begründende Maßnahmen dienen nur dazu, Unruhe in die werktätige Bevölkerung hineinzutragen. Vom Volkseigenen wird erwartet, daß für die Folge die Arbeiterschaft gegen solche Herausforderungen geschützt wird.

Eine Richtfeststellung

Der Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Wegl legt Wert auf folgende Feststellung: Ueber die Ausschüßigung, in welcher über die Magistratsvorlage betreffend Anstellung von hauptamtlich tätigen Schulärzten beraten worden ist, sind einigen Blättern unzutreffende Berichte zugegangen. Die Organisation der Schulärzte hatte dem Stadtverordneten-Vorsitzer als Vorsitzenden des Ausschusses eine schriftliche Verwahrung gegen die Magistratsvorlage überreicht und in dieser sich gegen die Feststellung der Vorlage gemeldet, daß das nebenamtliche Schulärztnetz sich nicht bewährt habe. Mit Rücksicht darauf, daß diese Eingabe sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses durch dessen Vorsitzenden zugeföhrt war, wurde die Zulassung der Organisationsvertreter vom Ausschuß abgelehnt, der selbstverständlich, falls die Eingabe nicht in Händen

Felsenbrunner Hof

von Anna Croissant-Kuß

(Kaffeehaus verboten)

„Nonsens! Hast du nicht genug? Willst du auch diesen eckigen Wald noch haben?“ Aber die Wiesen, der Kartoffelacker“, fragte Peter noch feiser und unsicherer.

„Gehören uns, beruhige dich.“ Wie seltsam, daß er nie daher gekommen, daß ihm alles hier fremd war!

„Bestiß, Bestiß!“ Klang es, halb verwirrt und vermorren in Peter. Warum nur der Vater keine Augen für die wundervollen Wiesen und stattlichen Eder hatte? Unlustig schritt er neben Peter her und seine Laune verdüsterte sich zusehends. Die Hitze war zu groß, und der Vater wurde immer müder. Dennoch schritt er weiter, und man konnte sehen, daß er mit Mühe den Groll auf sein Kind unterdrückte.

Längst war der Felsenbrunnerhof verschwunden, das Terrain senkte sich immer mehr. Die Quelle, die vom Hochwald kam, lief, sich vom Weg entfernend und sich ihm wieder nähernd, als Bach neben ihnen her.

Auf einmal umbuschte sich der Bach, machte einen großen Bogen, von Erken umsäumt, ein kleiner Hügel schob sich vor, da war er wieder, und — Peter hätte fast einen Schrei ausgestoßen — vor ihnen lag still und glitzernd ein großer Weiher.

Die Sonne schien schräg über ihn hin, daß er wie in Goldschuppen glänzte. Hinter den hellgrünen Ufern fing es allmählich an, sich zu heben, schwarze Tannen standen auf rottem Sande und zogen im Widerschein einen tintigen Streifen in den Ufertrand, dahinter rundeten sich Waldwelle hinter Waldwelle, die Berge des Westrichs.

Peter empfand etwas wie Beklemmung vor diesem einsamen, schönen, ihm ungewohnten Orte. Er schaute lange über das Wasser hin, dann frug er leise:

„Wem gehört er?“

„Den Thomanns“, entgegnete abweisend der Vater.

Peter überkam eine seltsame Trauer. Er gehörte nicht ihnen!

„Hat er immer den Thomanns gehört?“

„Nein.“

„Wem denn?“

„Uns.“

„Warum gehört er uns nimmer?“

Es bricht unvermutet aus dem Knaben, das Weinen würgt ihn: „Warum habt Ihr ihn hergegeben? Warum habt Ihr den schönen Weiher hergegeben?“ Eine ohnmächtige Weinerliche Wat überkommt ihn, eine Wat auf den Vater, der nicht antwortet und nur einen haßerfüllten Blick auf ihn wirft, ihn despotisch beim Handgelenk packt und mit sich zieht. Doch diese gewaltsame Art, ihn wegzubringen, reizte den Buben immer mehr. „Du mußt ihn kaufen“, schrie er außer sich, „kauf ihn, kauf ihn wieder!“

„So kauf du ihn, mein Söhnchen“, höhnte sein Vater.

„Ja, das tu ich, das tu ich gewiß, wenn ich groß bin. Ich will ihn wieder haben!“

Der Vater schleuderte seine Hand weg und ging weiter. Peter war fassunglos. Ein dumpfes quälendes Gefühl lag in ihm auf. Der Vater haßte ihn. Warum?

Er grübelte und grübelte und zerquälte sich. Was hatte er getan? Gewiß, er war heftig, er war herrlich gewesen. Oh Gott, oh Gott, daß er auch so sein mußte.

Keuchend schritt er hinterdrein und blieb zuletzt zurück, setzte sich hin und verzor den Vater aus dem Gesicht.

Nachdem Peter eine Zeitlang gelesen, stand er müde auf; als er über die Wegsteigung weg war, sah er den Vater schon unten durch die Wiesen gehen. Er folgte langsam und mit geknicktem Kopf dem Pfad; so erreichten sie gesondert das Haus.

Unter den mächtigen Kastaniendäumen, die von Tausenden von Bienen umsummt, ihre weißroten Kerzen wiegten, stand der Besperrisch bereit. Ein großer runder Tisch mit einer dazwischen weißen Decke gedekt, wie sie die Mutter liebte. Butter, Milch, in Gläsern, Honig, Landshinken, die ersten Kirchen in einer wundervollen alten Kristallchale standen da, Weinflaschen, Tassen und Gläser. Es sah ländlich, dabei aber reich und festlich aus. — Peter hatte sich ums Haus geschlichen und spähte begehrlisch nach dem Tisch, er hatte schredlich Hunger, aber er wagte nicht, dem Vater jeht unter die Augen zu treten, der eben aus dem Hause kam, wo er die Vesperglocke geläutet hatte. Er zankte, daß keine der Töchter es getan, denn ihnen gehörte das an Sonntagen zu. Er hatte so anhaltend und heftig geläutet, daß die jungen Mädchen über die Treppe heruntergestürzt kamen, Helene im Laufen noch ihren Gürtel schliefend.

„Da freut man sich auf einen gemütslichen Kaffeetisch, aber jeder tut was er will, auf mich wird nicht geachtet. Schämt ihr euch nicht und legt euch zu Bett? Was? —

Die Stadt? Lächerlich! Ich war zwei Stunden spazieren!“

Er goß ein Glas Wein hinunter.

Die Schwestern sahen sich an: Er ging doch sonst nie spazieren! „Du warst so lustig vorhin!“

„In diesem Hause verlernt man allmählich das Lustigsein! Irgend etwas, oder irgendeiner fehlt immer“, schrie er heftig.

„Ich will Heinrich holen“, erbot sich Helene. „Heinrich! Ein Bengel in seinen Jahren, der seine halben Ferien verschläft! Sogt man ihm etwas, schaut er einen an, als wollte er sagen: „Du bist ganz spasshaft, mein Alterchen, red nur weiter!“ Der! — Da ist Peter schon ein anderer Kerl!“

„Peter!“ schrien die Schwestern wie aus einem Munde.

„Peter! Keinen Kreuzer bekamen wir von dem! In Fegen könnten wir laufen! Ein Wildling ist er, ein verstoßter, boshafter, herrschsüchtiger Kerl. Das kommt davon, wenn man verhätschelt wird! Die Mutter ist schuld!“

„Eine abscheuliche Redensart, die da unter euch umgeht! Du bist schuld! Sie ist schuld! Schweigt! Schweigt! Kein Wort mehr über eure Mutter! Ihr habt ja keine Ahnung von ihr! Ihr lebt in den Tag hinein —“ er fuhr sich mit der Hand über die Stirne, „wer weiß, wenn man ihn recht anpanden würde, — es steckt etwas in ihm! Aber Zeit haben, Ruhe haben. Das türmt sich ja um einen auf, Sorgen und Sorgen —“

Alwine machte ein überlegenes Gesicht. Sorgen? — Worüber hatte er sich in der Zwischenzeit geärgert? Heinrich? Daß der keine Freude am Lernen hatte, war doch eine alte Sache und herzlich gleichgültig. Er wurde Herr des Felsenbrunnerhofes mit oder ohne Examen, damit besta. Weibergeschichten? Ueber Weibergeschichten ärgerte sich der Alte nicht! Er war vorhin bei der Mutter gewesen. — Ihre Kränklichkeit nahm niemand tragisch, deshalb konnte er doch nicht verstimmt sein! Nicht?

Alwine hatte plötzlich einen Gedanken.

Sie biß sich auf die Unterlippe. Nein, das wäre zu abscheulich, zu rücksichtslos gegen die erwachsenen Töchter, das wäre ja geradezu standlos! Sie dachte mit Grauen an die Geschichte vor zwei Jahren!

War das nicht schon mehr als genug, daß sie zu Viert waren?

Feindselig sah sie ihre Mutter an, als sie kam, nicht wie ein Kind seine Mutter sonst ansieht. Da trug sie natürlich wieder — ihre Marotte! — ein loses weißes Kleid und ging langsam, ein wenig vorgebeugt, die blauen Hände ver-schlungen.

(Fortf. folgt.)

aller Mitglieder gewesen wäre, nichts entgegengestanden hätte. Der aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzte Ausschuss hat im übrigen bis auf eine Stimme sich für das hauptamtliche Schulartzsystem ausgesprochen, also bis auf eine Stimme mit allen Stimmen, auch den Stimmen der übrigen ärztlichen drei Ausschussmitglieder, zu denen auch der hervorragende Sachverständige auf dem Gebiet der preussischen Schulgesundheitspflege, Herr Ministerialdirektor Geh. Obermedizinalrat K r i t z n e r, gehörte.

Großes Kinder-, Turn- und Sportfest

Am Sonntag, dem 3. Juli, veranstaltet der Turn- und Sportverein „Fichte“ auf seinem Turnplatz in Baumhulsenweg, Köpenicker Landstraße, ein großes Turn- und Sportfest seiner gesamten Kinderabteilungen. Eintritt 1 Mark. Wir empfehlen der Arbeiterschaft, sich am Sonntag davon zu überzeugen, wie durch Massengelänge, Freiübungen und friedliche Wettkämpfe unsere Kleinen auf allen Gebieten ihre Kräfte messen.

Der Turnverein „Fichte“, der besonders mit seiner nach Tausenden zählenden Kinderchor ein Stück Kulturarbeit leistet, wird am Sonntag das turnerische Können seiner Kleinen allen Eltern vor Augen führen. Möge die Arbeiterschaft derartige Bestrebungen durch ihren Besuch unterstützen. Möge sie auch ihre Kinder nur zum Turnen senden im Kreise unserer Klassengenossen, die alle gleich denken und fühlen. Der Sport und die Bildungsstätte unserer Jugend, wo sie den Körper stärken und kräftigen kann, die einzige Freiheit, die wir als Arbeiter noch haben, das ist die Natur! In ihr hinauszuführen, ist die Kulturarbeit, die der Turnverein „Fichte“ leistet.

Die Genossin Mastote †

Eine unserer pflichterfülltesten Genossinnen wurde den Parteigenossen Charlottenburgs durch die Proletarierkrankheit entzogen. Sie soll vielen Genossen ein Vorbild sein. Keine Parteiarbeit war ihr zu viel. Seit Gründung der „Freiheit“ war sie unermüdet in deren Interesse tätig. Trotz ihrer Krankheit war sie immer für unsere Sache bereit. Nun ruht auch sie! Ein Opfer des Krieges, der kapitalistischen Weltordnung. Wir wollen ihr Andenken ehren, indem wir bestrebt sind, so wie sie, weiter zu wirken. — Die Beerdigung findet heute nachmittags in Staaken statt. Die Teilnehmer treffen sich um 1 Uhr, Bahnhof Jungfernheide.

Der Fall Bod vor dem Reichsgericht

Wie erinnert, wurde der Rektor Bod auf Grund seiner Broschüre „Praktiken eines Berliner Kriminalkommissars“ nach mehrwöchiger Verhandlung, in der der ganze Fall noch einmal behandelt wurde, wegen Beleidigung des Kriminalkommissars a. D. Toussaint zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil ist jetzt vom Reichsgericht die Revision eingeleitet worden. Das Reichsgericht wird sich daher zum zweitenmal mit der Affäre beschäftigen, da auch seinerzeit gegen das Urteil, das Bod wegen Sittlichkeitsverbrechens in mehreren Fällen zu längerer Gefängnisstrafe verurteilte, Revision eingeleitet worden war. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme in dem Beleidigungsprozess und gestützt auf die dort abgegebenen Zeugenaussagen wird nunmehr auch das Wiedereröffnungsverfahren wegen der angebliebenen Sittlichkeitsverbrechen in die Wege geleitet werden, zumal in der Begründung des letzten Urteils ausgeführt wurde, daß in dem Prozess wegen Sittlichkeitsverbrechens tatsächlich Irrtümer vorgekommen sein können.

Duflut in der Gneisenaustraße

Eine schwere Duflut ist gestern nachmittag in der Gneisenaustraße verübt worden. Auf die dort wohnende verwitwete Frau Mühlhaupt gab ein bei ihr wohnender junger Russe zwei Schüsse aus einem Revolver ab. Auf die Hysterie der Frau drangen Bewohner der Nachbarhäuser in die Wohnung ein, wo sie der Aufmerksamkeit mit vorgehaltenem Revolver bedrohte. Ein beherzter Mann schlug ihm jedoch die Waffe aus der Hand. Die Frau ist von zwei Schüssen getroffen, die in den Rücken und in den Hals gingen. Der Täter wurde festgenommen. Er behauptete, die Tat aus politischen Motiven verübt zu haben. Frau Mühlhaupt wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein Gefecht zwischen Bauern und Polizei

Das Landfeldungsamt hatte, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, der wiesnarmen Gemeinde Oberhöergern 22 Morgen Weiden aus der Gematung Mühlberg zugewiesen. Die darüber erbitterten Mühlberger Bauern mühten darauf nach, die Weiden a. B. Gendarmerie und zu Hilfe gerufene grüne Polizei in Stärke von 20 Mann verhaften den Abtransport des Heues zu hindern. Etwa 500 Bauern kürzten auf die Polizei ein. Es entspann sich ein regelrechter Kampf, bei dem beiderseits Schüsse fielen. Ob Personen verletzt wurden, ist noch nicht bekannt. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Das Hof-Postamt Berlin C. Noch immer ist das Postamt 1, Berlin-Centrum, ein „Hof“-Postamt, wie ein von diesem benutzter Stempel beweist. Woran liegt das nun? Fühlt sich der Leiter dieses Postamts noch als „Hof“-Postdirektor? Wir denken doch, daß die Veränderung der deutschen Staatsform allmählich auch in Berlin-Centrum nachbar geworden sein dürfte!

Die Schulgebäude an den höchsten höheren Lehranstalten und Mittelschulen Groß-Berlins werden mit Wirkung vom 1. Juli 1921 ab wie folgt festgelegt: a) an den vollständigen höheren Lehranstalten mit ihren Vorhöfen und an den Anlagen 500 M. jährlich, b) an den Realschulen und Mittelschulen 300 M. jährlich. Von den Schülern und Schülerinnen, deren Eltern außerhalb von Groß-Berlin wohnen, wird ein Zuschlag von jährlich 100 M. bei den Schulen zu s. 60 M. bei den Schulen zu b erhoben. Bei geringerem Einkommen und bei größerer Kinderzahl wird das Schulgeld ermäßigt. Die Grundgebäude und Richtlinien hierfür werden vom Magistrat aufgestellt und mitgeteilt werden.

Veränderungen im Cöpenicker Straßenbahnverkehr. Am 1. Juli d. J. wird die Linie 5, Bahnhof Adlershof—Mahlisdorf-Süd anstatt nach Mahlisdorf-Süd durch die Kaiser-Wilhelm-Straße nach Bahnhof Friedrichshagen geführt und vom Bahnhof Adlershof nach Alt-Glienicke verlängert. Sie enthält die neue Liniennummer 184. Die Linien 6, Marienstraße—Friedrichshagen, und 7, Spindlersfeld—Friedrichshagen, sowie die Linie Alt-Glienicke—Bahnhof Adlershof der normalen Teiltower Kreisbahnen kommen damit in Fortfall. Der Fahrpreis auf der neuen Linie 184 beträgt für eine ununterbrochene Fahrt — ebenso wie auf den übrigen Linien der normalen Cöpenicker Straßenbahn — 80 Pf., Umsteigefahrtscheine im Binnennverkehr kosten 1 M., im Verkehr mit anderen Linien der Berliner Straßenbahn 1,50 M. — Linie 1, Bahnhof Mahlisdorf—Bendenischlag, erhält die Nummer 183, Linie 2, Bahnhof Cöpenick—Bahnhof Grünau, die Nummer 86, Linie 4, Bahnhof Friedrichshagen—Wasserwerke Müggelsee, die Nummer 85; Linie 10, Marienstraße—Bahnhof Cöpenick, wird nach Bedarf als Einsektlinie 183 E betrieben. — Im Binnennverkehr wird eine neue Umsteigestelle am Bahnhof Friedrichshagen eingerichtet.

Ein besonders frecher Raubüberfall, bei dem es auf eine Kasse mit Diamantensteinen im Werte von 300 000 Mark abgesehen war, führte gestern den Dreher Otto Renke und den Schlosser Erich Kroen vor das Schwurgericht des Landgerichts II. Die in der Diamantwerkzeugfabrik von G. Ledt Belle-Alliance-Str. 79, angestellte Dora Zuhl wurde am 28. August d. J. auf dem Wege von der Wohnung ihres Chefs nach der in demselben Hause gelegenen Werkstatt im Treppenhaus von dem Angeklagten Kroen überfallen. Sie trug eine Kasse mit Diamantensteinen im Werte von über 300 000 Mark in der Hand. Kroen packte sie am Halse, würgte sie und warf sie zu Boden. Der Angeklagte Renke, der sich versteckt gehalten hatte, sprang nun auch hinzu, nahm die Kasse, die die Zuhl bei dem Überfall hatte fallen lassen, an

sich und steckte sie in einen mitgebrachten Sack. Zuhl stellte sich abfällig befinnungslos, so daß die beiden Angeklagten glaubten, sie sei wehrlos, und entfernten sich mit ihrem Raube. Die Ueberfallene erhob sich aber sofort, eilte auf die Straße und verfolgte die Angeklagten mit dem Rufe „Halte ihn!“ Die Angeklagten suchten zu entfliehen, wurden aber vom Publikum verfolgt und festgenommen.

Beide Angeklagte waren geständig. Das Gericht verurteilte die Angeklagten nach dem Spruch der Geschworenen zu je 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Das Nachtlokal im Freizeiterker. In einem Freizeiterker in Neukölln übertrafste gestern Morgen die Kriminalpolizei eine 38 Köpfe starke Gesellschaft, die in diesem improvisierten Schanklokal eine ziemlich starke Zecher gemacht und schon einer ganzen Batterie von Weinschloßen den Hals gebrochen hatte. Die von dem Inhaber des Lokals erhobenen Preise waren nicht niedrig. Die Kriminalpolizei vermutete zuerst, daß sie es mit einem Spielunternehmen zu tun habe, doch hat sich dieser Verdacht nicht bestätigt. Derjenige Teil der Gäste, der sich legitimieren konnte, durfte den Heimweg antreten, während ein anderer Teil, einschließlich des Inhabers dieses Barbier- und Schröpferslokals die Nacht auf dem Polizeipräsidium zubringen mußte.

Gewerkschaftliches

Angestellte und Bankkapital

Wir berichteten letzthin von der Kulissenpolitik des Bankkapitals, das verjuchte, das Reichsarbeitsministerium durch frisierte Eingaben zu den kommenden Auseinandersetzungen im Gewerbe zu beeinflussen.

Die Veröffentlichung dieser Tafsachen ist den Bankleuten sehr unangenehm gewesen und der — „Dieb“ wird eifrig gesucht. Inzwischen ist ein weiteres wertvolles Dokument für die Öffentlichkeit „gestohlen“ worden, und zwar handelt es sich um das Protokoll des Reichsverbandes der Bankleitungen, der am 3. Juni in der Diskonto-Gesellschaft tagte.

Darin wird mit erfreulicher Deutlichkeit mitgeteilt, „der Standpunkt des Reichsarbeitsministeriums sei durch zwei in den letzten Tagen geführte eingehende Unterredungen mit maßgebenden Persönlichkeiten des Ministeriums geklärt worden“. Da scheinen ja nette Intimitäten zwischen Behörden und dem Bankkapital zu bestehen. — Das Reichsarbeitsministerium, heißt es weiter, will nur höchst ungern den Schiedspruch verbindlich erklären und versucht, die Verhandlungen hinauszuziehen. „Das Reichsarbeitsministerium habe geglaubt“, wird mitgeteilt, „bei dem nächsten Schiedspruch ohne jede Erhöhung der Bezüge auskommen zu können und lediglich einen Ausgleich für die den Verheirateten infolge der Steigerung der Mieten usw. erwachsenden Mehrausgaben durch eine kleine Erhöhung der Verheirateten- und Kinderzulage zu schaffen beabsichtigt.“ Die Bankmagnaten faßten Beschlüsse, wonach ihre Stellung zum Schiedspruch eine völlig ablehnende sei, bei der zu beharren ist, und daß sie in die Verhandlungen mit völlig ablehnendem Standpunkt hineingehen.

Sie traten weiter für eine Herabsetzung der Mindestjahres Einkommen ein und einigten sich in der Ablehnung jeder übertariflichen Gratifikation, obwohl die „guten Ertragnisse des Jahres 1920“ festgestellt wurden.

Hoffentlich lassen sich die Finanzämter diese wichtige Mitteilung nicht entgehen.

Es wird festgestellt, daß leider die „Zeit für tariflose Regelungen noch nicht wieder gekommen scheint“.

Man einigte sich auch, „bei etwa neu beginnenden Verhandlungen über seine Verbindlichkeitsklärung festzulegen und gegen eine vom Reichsarbeitsministerium etwa ausgeprochene Verbindlichkeitsklärung mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere gerichtlicher Feststellungsfälle“ vorzugehen.

Diese mitgeteilten Tafsachen zeigen auf Sturm im Bankgewerbe. Den noch indifferenten Bankangestellten wird hier drastisch vor Augen geführt, was sie von den Unternehmern und von der Regierung zu erwarten haben. Nur durch geschlossenes Handeln, frei von allen harmoniebuseligen Hemmungen, werden sie imstande sein, dem Bankkapital mit Erfolg entgegenzutreten. Es liegt an den Angestellten, die unerträgliche Lehre aus diesen Tafsachen zu ziehen und zu — handeln.

Terror gegen die Gewerkschaften in Spanien

„Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, das Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bringt in ihrer eben erschienenen Doppelnummer 2 und 3 diverse authentische Berichte über die Gewerkschaftsbewegung verschiedener Länder. Wir wollen heute nur einen kurzen Auszug über den Kampf, der in Spanien gegen die Gewerkschaften geführt wird, wiedergeben. Der Bericht selbst stammt vom Spanischen Allgemeinen Arbeiterverband (Union General de Trabajadores).

Seit März 1919 sind in Spanien die verfassungsmäßig garantierten Rechte aufgehoben. Im Industriezentrum der Provinz Barcelona, die eine starke Arbeiterorganisation aufweist, wurden alle Gewerkschaften aufgelöst, ihre Lokale gesperrt und mehr als zweitausend Arbeiter verhaftet.

Die Geschworenengerichte, die bislang die Straffälle sozialer Natur bearbeiteten, wurden aufgehoben und die Arbeiter wurden auch deshalb verfolgt, weil sie die Verbandsbeiträge eincolliertent! Die organisierten Arbeiter wurden, da die Gefängnisse zu klein waren und sie nicht aufnehmen konnten, auf Kriegsschiffe gebracht, auf denen eine Epidemie ausbrach. Nach der Provinz Andalusien, wo die Arbeiter in deutlicher Weise belündeten, gegen den Kapitalismus vorzugehen, sandte die Regierung einen Landstreich, den General La Barera, der sich ganz nach Hortshart austobte. In zwei Monaten löste dieser Heiß alle Gewerkschaften auf und deportierte die Vertrauensleute aller Organisationen, deren Zahl viertausend betrug. Die Fachblätter der Verbände wurden von der Polizei beschlagnahmt.

USPD. Metallarbeiter!

Genossen, habt Ihr schon den Vorstehenden Eurer Betriebsfraktion angemeldet? Wo dies noch nicht geschehen ist, sofort nachholen. In jedem Betrieb muß ein Vertreter der U. S. P. D. - Kollegen vorhanden sein. Alle Meldungen sind sofort an Genossen Holz, Parteibureau, Breite Straße 8-9, zu richten, woselbst auch die Ausweise ausgestellt werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

Während einerseits Aussperrungen der Unternehmer in Barcelona und Madrid unter dem Schutze der Behörden standen, wurden Arbeiter, die in den Streik traten, eingesperrt. Das sogenannte spanische Arbeiterministerium ist nur eine Treppe und versteht es nicht, ausgebrochene Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu vermitteln. Aus dem Tafsachenmaterial wollen wir mitteilen, daß 124 Arbeitssolale geschlossen und 478 Arbeiter auf Anordnung der Regierung verhaftet wurden. Die Bürgergarde in Spanien wütet ebenso wie die Orgeß bei uns und verfolgt und mißhandelt Arbeiter. Namen von 31 Orten wurden mitgeteilt, in denen sich solche Exzesse ereigneten. In anderen Landesteilen hat man 120 Landesverweisungen und Deportationen ausgesprochen. Eine große Anzahl von Mißhandlungen von Arbeitern, die namentlich angeführt werden, kommen zur Kenntnis. Der Bericht liest sich wie eine Perle aus dem Regime der Hortsh-Banden. Nicht nur infame Mißhandlungen sind an der Tagesordnung, sondern auch viele Todesopfer sind zu beklagen.

Die verfassungsmäßigen Rechte sind in Spanien suspendiert. In der Provinz Andalusien und in Estramadura tobt sich das politische Schieberrum aus. Es wird festgestellt, daß in verschiedenen spanischen Städten Attentate vorgekommen sind, aber die Verantwortung dafür trägt die Bourgeoisie. Es wird weiter mitgeteilt, daß die Arbeiterbewegung Spaniens keinerlei Gemeinschaft mit der Politik der Attentate, die auf Barcelona beschränkt ist, hat, während die falschlich vorbereiteten Attentate des Bürgerturns über das ganze Land verbreitet sind und nur den Zweck haben, die Massen zu erbittern und zu Gewalttätigkeiten zu treiben, um sie durch diese feige und heuchlerische Politik leichter bezwingen zu können. Die Kommandanten in den verschiedenen Provinzen haben die Berechtigung zur Aufstellung von Orgeßbanden bekommen. Die Regierung trifft alle Vorbereitungen, um auf der ganzen Linie gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Der spanische Arbeitsminister ist ein andalusischer Korruptionär, dem es an jeder Vorbildung und Kenntnis der Probleme mangelt und der keinerlei Interesse für sein Amt hat.

Das sind ja recht nette Zustände. Ist ebendem im alten spanischen Imperium die Sonne nicht untergegangen, so scheint jetzt die — spanische Welt nicht unterzugehen. Neben den infamen spanischen Justizmorden, wie den an dem Freidenker Ferrer, werden von Zeit zu Zeit die spanische Exzesse aus Spanien in der europäischen Öffentlichkeit bekannt. Jetzt haben sich die von der Regierung begünstigten Elemente an der Arbeiterschaft aus, gegen deren Laien energischer Protest erhoben werden muß. Wenn spanische Landknechte vom südlichen Tropenkolle befallen werden, dann muß die sogenannte Regierung solche Leute in Kaltwasserheilanstalten unterbringen, aber nicht auf die Arbeiterschaft loslassen.

Sparfamkeit am falschen Ende!

Der Zentralverband der Hausangestellten teilt mit: Unter dieser Spitzmarke brachte die „Freiheit“ in Nr. 293 eine Notiz, welche sich mit den Schulreinigungen in Charlottenburg beschäftigte. Es wird darin mitgeteilt, daß in Charlottenburg die Reinigung der Schulen in Zukunft nur dreimal wöchentlich stattfinden soll, um an den Kosten für die Reinigung zu sparen. Wir können feststellen, daß Charlottenburg in dieser Beziehung von Berlin gelernt hat; werden doch die Gemeinde-, Hiss- und Taubstummenschulen in Berlin schon seit längerer Zeit nur dreimal wöchentlich gereinigt. Den Anstoß hierzu gaben Lohnforderungen, welche die Reinemachefrauen der Schulen an den Magistrat stellten. Alle Versuche der Organisation, für die Frauen einen den Zeitverhältnissen entsprechenden Lohn zu bekommen, scheiterten an der stereotypen Antwort des Magistrats: „Es ist kein Geld da!“

Was bekommen die Schullehrerinnen für einen Lohn pro Stunde? Sage und schreibe: 1,70 bis 1,80 M. pro Stunde. Daß unter diesen Verhältnissen eine starke Unzufriedenheit unter den Frauen herrscht, ist selbstverständlich. Wird doch verlangt, daß in drei bis vier Stunden der Schmutz von zwei Tagen beseitigt wird. Es ist doch klar, daß ein Schulgebäude in drei bis vier Stunden von zwei bis drei Frauen nicht so gereinigt werden kann, wie es den Verhältnissen entsprechen sollte. Es wäre einmal Sache der Elternräte, sich um die Reinigung der städtischen Schulen zu kümmern. Angebracht wäre es, wenn die Bazillenspenden, wie jetzt manche Schule zu bezeichnen wäre, baldigst beseitigt würden.

Zentralverband der Hausangestellten, Ortsgruppe Berlin. Die auf Mittwoch, 29. Juni angelegte Versammlung der Schullehrerinnen fällt umständehalber aus.

Arbeiterport

Arbeiter-Kadetten-Bund „Solidarität“. Mittwoch, den 29. Juni, abends 7 Uhr, Zentralversammlung, Kungstr. 7. Donnerstag, den 30. Juni, Sitzung der Epitulationskommission ebenda. Freitag, den 1. Juli, Zusammenkunft der Teilnehmer nach der Schiffschen Schule, abends 7 Uhr, Kungstr. 7.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Freitag, 1. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der Sala Weismüllerstr. 15-18, Vortrag über: „Die politischen Ereignisse in Georgien.“ Referent: Die Parteiführer der Sozialdemokratischen Genossen Tschelbi und N. a. i. s. w. i. l. Samstag, 2. Juli, abends 7 Uhr, in der Sala Weismüllerstr. 15-18, Vortrag über: „Die politische Lage in Georgien.“ Referent: Die Parteiführer der Sozialdemokratischen Genossen Tschelbi und N. a. i. s. w. i. l. Sonntag, 3. Juli, abends 7 Uhr, in der Sala Weismüllerstr. 15-18, Vortrag über: „Die politische Lage in Georgien.“ Referent: Die Parteiführer der Sozialdemokratischen Genossen Tschelbi und N. a. i. s. w. i. l.

Mittwoch, 29. Juni

1. Verwaltungsbereich, Berlin-Mitte. Heute abends 6 1/2 Uhr findet im Bürgerklub des Rathauses, Eingang Neue Königstraße, die Bezirksversammlung statt. Den Fraktionsmitgliedern wird pünktliches Erscheinen zur Pflicht gemacht.
2. Verwaltungsbereich, 2. (17.) Bezirk, 2. Abt. Abends 7 Uhr wichtige Abstimmungsbereitungen bei Familie Krügerstr. 9.
3. Verwaltungsbereich (Oberbismarck). Abends 8 Uhr in der Schule, Friedrichshagen, große öffentliche Elternversammlung. Es spricht Gen. Sekretär Dr. Schwanke über: Bekannte Schule — Vorkurs Schulprogramm — Reichs-Idolgießer.
4. Verwaltungsbereich (Cöpenick, Friedrichshagen, Kadetten, Grünau, Köpenick). Abends 8 Uhr Fraktionssitzung im Cöpenicker Mathews, Zimmer 17b.
5. Bezirk (Wedding), 2. Abteilung. Zusammenkunft aller Genossen zur Gaststube heute 6 Uhr. Alle 2. Abt. bei Runge, Kurfürst. 49, ehemals 3. Abt. bei Stolich, Straßburger Str. 43.
6. Bezirk. Abends 7 Uhr Fraktionssitzung der 2. Abt. bei Kumpel, Dandestr. 33.
7. Bezirk (Friedrichshagen). Abends 7 Uhr Generalversammlung in den Residenz-Schiffen, Landsberger Str. 31.
8. Spandau. Abends 7 1/2 Uhr Parteiverammlung im Neuen Stadt-Theater. Thema: Gegen den Rotwucher? Referent: Reichstagsabgeordneter Simon.

Donnerstag, 30. Juni

12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Lichterfelde, Zehlendorf). Frauen- und Kinderabend nach dem Gewerkschaftsabend. Abends 8 1/2 Uhr Bahnhof Steglitz. Kassier: Gen. Sekretär der Ortsgruppe.
5. Bezirk, Wedding (früher 17.) Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderabteilung abends 7 Uhr bei Gertrud, Bräuner Str. 15.
Spandau. Der Lehr- und Verkäufer des Genossen Eggert pünktlich 7 Uhr im Restaurant Kaffeehaus.
Wedding. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderabteilung im Neumann, Charlottenburger Str. 142. Jede Fraktionssitzung muß unbedingt erscheinen. Der Bescheid im Juni und Juli 1921 aus.

Bereinskalender

Mittwoch, 29. Juni

Turnverein „Fichte“. In Bismarck-Schützen, Schwedter Str. 20-21, spricht Ernst Friedrich über antimilitaristische und revolutionäre Dichtungen. Arbeitslos treten Eintritt. Anfang 7 Uhr.

Donnerstag, 30. Juni

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Gruppe Reichshof. Abends 7 Uhr findet in der Schule, Staßfurterstr. 54a, eine wichtige Gruppenversammlung statt. Tagesordnung: Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere eingereichten Forderungen.

Der Kampf gegen den Ausnahmezustand

Deutscher Reichstag

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung 3/4 Uhr.

Kleine Anfragen

Abg. Schwarz (U. S. P. D.): Was bedeutet die Regierung zu tun, um zu verhindern, daß, wie es anlässlich eines am 1. Mai ausgebrochenen Streiks des gesamten Maschinen- und Kessel-Personals der Schleppämter der Westdeutschen Kanäle in die Erscheinung trat, Arbeiter um geschlechtlich gewährleistete Rechte streiken müssen. Dem Personal waren Arbeitszeiten bis zu 12 Stunden zugemutet.

Ministerialdirektor Preuß antwortet: Es handle sich um eine Dienstbereitschaft von 12 Stunden. Eine Änderung sei nicht möglich. Die Forderung auf Bezahlung der über die Arbeitsleistung hinausgehenden Dienstbereitschaft als Überstunden müßte abgelehnt werden. Vergütungen werden bezahlt, wenn die Mehrarbeit eine Viertelstunde beträgt. Sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Löhne sind bei den staatlichen Schleppämtern besser. Ein anderes Lohnsystem ist weder im Interesse der Schiffsahrt noch im Interesse der Arbeiter gelegen.

Abg. Seppel (S. P. D.): Am 2. Mai wurde dem Drucker der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ angedroht, daß bei einer neuerlichen Beschlagnahme des Blattes nicht nur der Druckereibesitzer, sondern auch das technische Personal zur Verantwortung gezogen werden könnte. Billigt die Regierung dieses Verhalten und ist sie bereit, den entstandenen Schäden wieder gut zu machen?

Gemeinrat Bismarck: Die Verantwortung richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafrechts. Die Rechtsauffassung des Breslauer Staatsanwalts sei nicht zu beanstanden. Wenn den Druckern und Setzern der Inhalt hasserträchtlicher Druckerzeugnisse bekannt sei und sie trotzdem für den Druck mitarbeiten, machen sie sich ebenfalls wegen Hochverrats mit-schuldig.

Abg. Rumm (Din.): Ist die Regierung bereit, in der Nähe der großen Städte Wohnsiedlungen für vermögenslose linderreiche Familien mit ausreichendem Land für Selbstversorgung zu schaffen?

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen seien, im Rahmen der Zukunftsplanung des Reiches. Es sei Sache der Länder, Wohnsiedlungen zu schaffen.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Nach welchen Grundsätzen erfolgt die vom Reichstag geforderte Nachprüfung der von den Sondergerichten gefällten Urteile? Ist die Regierung bereit, Vertrauensleute der Arbeiterschaft zu der Nachprüfung heranzuziehen?

Ministerialdirektor Bismarck: Eine Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterschaft kann die Regierung nicht in Aussicht nehmen. (Hört! hört!)

Die Geltungsbauer des Kapitalfluchtgesetzes, deren Verlängerung bis zum 30. Juni in einem Geleitewurf verlangt wird, wird auf Antrag des Abgeordneten Pfeiffer (Ztr.) bis zum 1. Januar 1923 ausgedehnt.

Etat des Reichsministeriums des Innern

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S. P.): Auch in der Beratung des Etats spielt die Debatte über den Ausnahmezustand eine erhebliche Rolle. Es ergab sich bei der rechnerischen Prüfung des Etats, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes dem Reich auch recht erhebliche Kosten verursacht hat. Nicht weniger als 2 Millionen Mark sind zur Deckung der Kosten des Ausnahmezustandes eingestellt. Wir haben die Forderung erhoben, 2 Millionen für Kulturzwecke einzusetzen. Diese Forderung ist daran geknüpft, daß kein Geld vorhanden ist. Diese eigentümliche Spar-samkeit ist von uns um so mehr zu verurteilen, als derselbe Aus-schlag, der die 2 Millionen ablehnte, ein

Milliardengeheimnis an die Agrarier

gemacht hat. Der Ausnahmezustand besteht heute noch in Ostpreußen, in weiten Teilen der Provinz Sachsen und in Bayern. Was wird angeführt, um den Ausnahmezustand in Ostpreußen zu rechtfertigen? Wir haben vor einigen Tagen gehört, wie der preussische Minister Dominicus den Ausnahmezustand damit zu rechtfertigen versuchte, die polnische Armee stehe an der ostpreussischen Grenze. Diese Erklärung ist um so merkwürdiger, als andere Regierungsstellen seit Monaten erklären, die polnische Armee stehe an der schlesischen Grenze. Wenn wir zugeben, daß die Existenz der polnischen Armee ausreicht, um Ostpreußen auf die Dauer unter Ausnahmezustand zu halten, können wir überhaupt darauf verzichten, zu erleben, daß Ostpreußen von dem Ausnahmezustand befreit wird. Selbst der rechtssozialistische Vertreter im Ausschuss, der Abgeordnete Kallert-Franzen, mußte erklären, er sei nicht in der Lage, die Begründung des Reichswehrministeriums ernst zu nehmen. Ich möchte aber auch aufmerksam machen auf die außerpolitischen Wirkungen derartiger Begründungen. Wir haben alles Interesse daran, mit Polen in einigermaßen erträglichen Beziehungen zu kommen. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung: Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen. Man hätte auch wirklich schon die

ganze Provinz Sachsen von dem Ausnahmezustand erlösen können.

Der preussische Minister Dominicus aber erklärte im Landtag, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Provinz Sachsen sei nicht einmal erwägenswert. Das sagt ein Demokrat. Aber es besteht kein Grund, sich über diesen Demokraten zu entsetzen, wenn man erlebt, wie Sozialdemokraten sich zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen geäußert haben. Der rechtssozialistische Minister erklärte, der Oberpräsident verlange die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Auch er ist ein Rechtssozialist. Ein Oberpräsident, der nicht endlich begreifen lernt, wie man eine Provinz verwalten sollte ohne Ausnahmezustand, sollte schleunigst von seinem Posten entfernt werden. Wir verlangen die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes auch in der Provinz Sachsen.

Nun zu dem Ausnahmezustand in Bayern. Die Reichsverfassung ermöglicht es der Reichsregierung, dem Reichspräsidenten, den Ausnahmezustand in Bayern auszuheben. Was aber hat Herr Minister Gradnauer über den Ausnahmezustand in Bayern gesagt? Die Reichsregierung werde die Aufhebung erstreben. Erst aber muß die Entwaffnungsfrage in Bayern endgültig geregelt sein. Ich glaube, die Entwaffnung wird noch nicht beendet sein, wenn Herr Gradnauer längst wieder als Abgeordneter hier im Hause Platz genommen hat. Wir dürfen auch wohl von dem verantwortlichen Minister die Ausführung der Gründe verlangen. Daran hat es vollständig gefehlt. In Bayern besteht der Ausnahmezustand und damit auch über Coburg. Niemand wird behaupten wollen, daß in dem ruhigen Coburg jemals irgend etwas passiert ist, was auch nur den Anschein einer Rechtsfertigung geben könnte. In Coburg ist der Ausnahmezustand durchgeführt worden nur deshalb, weil die Bevölkerung den Leichtsinn begangen hat, den sie jetzt jedenfalls bereuen wird, zu Bayern zu stoßen. In Württemberg sind die Ausnahmen lediglich gerichtet gegen das Stuttgarter Kommunistenblatt. Daß dies gegen die Verfassung verstößt, unterliegt meiner Meinung nach nicht dem geringsten Zweifel. Der Minister Gradnauer vertritt die eigentümliche Auffassung, daß der Art. 48 auch die Rechtsgrundlage für solche speziellen Anordnungen geben könne. Herr Gradnauer hat auch speziellen Anordnungen der Verfassung mit den Ländern gegen den Notwendigkeitswille ist nicht immer im gleichen Grade vorhanden. Das zeigt das Verhalten der Reichsregierung zur sächsischen, die eine rein sozialistische Regierung ist. Auf solche Regierung braucht man nach Auffassung der Reichsregierung offenbar keine Rücksicht zu nehmen. Die sächsische Regierung hat die Aufhebung der Verordnung gefordert, gestützt auf die gesamte Arbeiterschaft des Landes. Da hat sich die Reichsregierung den

Teufel um diese Forderung geschert. Und soll ich Sie erinnern an Gotha? Aber in Bayern ist das ganz anders. Wir haben in den letzten Wochen gar manchen neuen Herrn in der Regierung kennengelernt. Den Zentrumsmann Wirth, den Demokraten Schiffer und andere. Jetzt haben wir den Rechtssozialisten Gradnauer gehört. Ich muß wirklich sagen, wenn man diese drei Herren miteinander vergleicht, da erscheint der Reichstagsler Wirth gegenüber dem Herrn Justizminister Schiffer als ein Reaktionsär, und Herr Schiffer wiederum gegen Herrn Gradnauer als ein Vorkämpfer der Rechte der Arbeiterschaft. (Große Heiterkeit links.) Es scheint wirklich so, je näher uns eine Partei im Reichstage sitzt, um so ungenießbarer ist ihre Minister.

Der Reichsjustizminister Schiffer hat hier vor einigen Tagen erklärt, Herr Traugott von Jagow sei auf Grund ärztlicher Atteste aus der Untersuchungshaft entlassen. Diese Erklärung hat Herrn Traugott v. Jagow nicht ruhen lassen, und in dem ihm eigenen charakteristischen Stil hat er in der „Kreuzzeitung“ die Erklärung abgegeben: „Tatbestand: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank.“ Eine solche Verböhnung ist wohl so leicht nicht vor-gelommen. (Lachen auf der Rechten.) Die Rechtssozialisten haben am 2. Juni hier die Erklärung abgegeben, die Regierung müsse die Forderung des gesamten arbeitenden Volkes schleunigst zu erfüllen suchen. Wir sehen den

Parteilöhner hier ganz anders handeln als den Minister.

Die Verordnung aber, die jetzt endlich die Auflösung der Einwohnerwehren auspricht, macht mit ihrer eigentümlichen Begründung den Eindruck, als wolle man sagen: entschuldigen Sie, meine Herren, daß ich überhaupt geboren bin! Man droht Geldstrafen bis zu 50 000 M. an oder Gefängnis bis zu drei Monaten und Festung bis zu drei Jahren. Stellen wir uns einmal vor: Nachdem die bayerische Einwohnerwehr aufgelöst ist, es würde sich ein Staatsanwalt finden, der gegen einen Mann vorgeht, der sich strafbar gemacht hat; stellen wir uns weiter vor, daß sich ein Gericht findet, das ihn verurteilt (Zuruf: Das wird sich nie finden!) — ich unterstelle das nur für einen Augenblick und bitte auch dafür um Entschuldigung —, was ergibt sich da? Daß die bayerischen Gerichte in der Lage sind, eine Geldstrafe von sage und schreibe 3 M. zu verhängen. Das ist keine Methode, die zum Ziele führen kann. Wir haben schärfere Strafen verlangt, unsere Forderungen sind gekheitert an Ihrem Verhalten. Wir haben sonst Verordnungen des Reichspräsidenten Ebert erlebt, wo wir nicht die geringste Berücksichtigung für geringes Strafmaß gefunden haben. Ich erinnere an die Verordnungen gegen die Arbeiter vom 10. November 1920 für Stilllegung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Da hat man Strafen bis zu fünf Jahren vorgelesen. Ich erinnere an die Verordnung vom 5. März 1920 für Ostpreußen, in der man die Todesstrafe für nötig erklärte. Ich erinnere an die Verordnung vom 10. April über den Ausnahmezustand in Düsseldorf. Darin wurden auch Hausstrafen bis zu 15 Jahren, lebenslängliches Zuchthaus, ja sogar die Todesstrafe angedroht. Wofür? Für den, der nach Ablauf der Lieferungsfrist noch Waffen und Munition im Besitz hat. Und dann will man noch glauben machen, daß man mit dieser Verordnung durch

Geldstrafe eine Einwirkung auf die Einwohnerwehren

erreichen will? Eherich hat erklärt, daß er entschlossen sei, seine Organisation legal oder illegal aufrechtzuerhalten. Der Reichstagsler hat erklärt, die Reichsregierung beabsichtige, den Ausnahmezustand möglichst schnell abzubauen. Wir haben aber zum Minister Gradnauer nicht die Zuversicht, daß er mit dem neuen Besen, über den er doch verfügen müßte, Ausschere hält. Gradnauer gehört zu denjenigen seiner Partei, die nicht schnell genug das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei herbeiführen können. Ich habe namens meiner Partei zu erklären, daß wir gegen diesen Minister nichts als das schärfste Mißtrauen auszusprechen haben. (Bravol bei den U. S.)

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer: Wenn mit schallenden Reden in der Politik etwas zu erreichen wäre, würde Herr Rosenfeld viel erreicht haben, vielleicht noch viel erreichen. In seinen Äußerungen gegen mich schien er von der „Freiheit“ beeinflusst zu sein. Aber die Ausführungen über meine Äußerungen im Hauptausschuss sind ein Musterbeispiel unwahrhaftiger Berichterstattung. Herr Rosenfeld, der den Ausschüssen selber beiwohnte, hätte meinen Ausführungen mit mehr Aufmerksamkeit folgen sollen (Rosenfeld: Ich habe es wörtlich stenographiert!). Ich sprach im Namen der Koalitionsregierung. Da kann ich nicht meine eigene Anschauung ausschließlich darstellen. Ich habe mein Bestes dazu beigetragen, daß der Ausnahmezustand in Sachsen aufgehoben wurde. Ich weiß, daß der Polizeipräsident Lübbing in Königsberg den Ausnahmezustand für nicht nötig hält. Aber andere halten ihn für nötig. Die Maßnahmen in Stuttgart gegen das Kommunistenblatt halte ich persönlich nicht für zweckmäßig. Auf meine Anregung hin ist auch die Vorzensur aufgehoben. Die Reichsregierung ist auf Verständigung mit den Ländern angewiesen.

Abg. Müller-Franken (S. P. D.): Der Gegensatz, von dem Herr Rosenfeld sprach, der Gegensatz zwischen dem Minister Gradnauer und mir, ist nicht so groß. Wir glauben, daß wir ohne Ausnahmezustand heute in Deutschland auskommen könnten, insbesondere auch in Bayern und Ostpreußen. Die württembergische Verordnung über die Vorzensur gegen das Kommunistenblatt ist ja bereits aufgehoben. Wesentlich unter Mitwirkung des Ministers Gradnauer. (Rosenfeld: War sie verfassungsmäßig oder nicht?) Ich halte sie nicht für verfassungsmäßig, aber es läßt sich darüber streiten. Wir wollen die Reichsregierung immer drängen, den Ausnahmezustand sobald wie möglich aufzuheben. (Beifall bei den S. P. D.)

Abg. Curt Geyer (Komm.): Der Ausnahmezustand richtet sich lediglich gegen meine Partei. Er soll Agitation und Propaganda unterbinden. Unter der württembergischen Vorzensur wurde ein Artikel verboten, der sich gegen die kapitalistische Ausbeutung der Kinder wendete. Man arbeitet ganz wie die alte kaiserliche Militärzensur. Dr. Gradnauer hat auch als Ministerpräsident in Sachsen nur mit dem Ausnahmezustand regieren können. Beharrt die bayerische Regierung bei ihrer Auffassung, muß auf der ganzen Linie der Kampf gegen den Ausnahmezustand geführt werden.

Eine Entschlezung der Kommunisten fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Reichsjustizminister Schiffer: Jagow wurde auf Grund von Anträgen des Geheimen Justizrats von Gordon, die auf eine schwere, in der Jugend erlittene Tuberkuloseerkrankung hinweisen, die eine besondere Lebensweise und viel Bewegung in freier Luft notwendig macht (große Heiterkeit), Anträgen, denen ein Zeugnis des Arztes Dr. Neumann-Charlottenburg beigelegt war, daß auch noch eine Lebensveränderung erwünscht, aus der Haft entlassen. Meine Darstellung war also zutreffend.

Abg. Rittwoch (U. S. P.):

Die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Ostpreußen wird von dem Oberpräsidenten Siehr und dem Kapittengeneral von Dassel gewünscht. Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der republikanischen Ordnung hat Herr v. Dassel nichts getan. Er braucht den Belagerungszustand, um die Einwohnerwehren beizubehalten und die Entwaffnung zu hindern. Vielfach werden Arbeiter gezwungen, in die Einwohnerwehren einzutreten. Gutbesitzer pressen ihre Arbeiter in die Organisation hinein,

zwingen sie zu Geländebäugungen,

befehlen ihnen auch, die Listen zu unterschreiben, mit denen man dann paradiert. Ostpreußen ist nicht von den Polen bedroht, das ist nur eine glatte Lüge. Die Erbitterung der Arbeiter ist sehr wohl zu verstehen. Die Vermählungen der Kommunisten werden verboten, ihre Redakteure festgesetzt. Die Halenkreuzler dagegen läßt man auf freiem Fuß. Es ist höchste Zeit, daß der

Belagerungszustand aufgehoben wird. Er ist eine Schmach für die deutsche Republik. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.): Nach den Ausführungen des Reichsjustizministers haben wir es bei Jagow mit einem Kranken zu tun, der von seiner Krankheit nichts weiß. Nach Mitteilungen ist der Haftbefehl aufgehoben worden auf Grund einer Kautions von 500 000 M. Das ist ein bemerkenswerter Beitrag hinsichtlich der Beurteilung unserer Rechtspflege. Wenn man über eine halbe Million Kautions verfügt, kann man auch der Verhaftung wegen Hochverrats entgehen. Kann der Justizminister einen Fall nennen, in dem ein Arbeiter wegen Lungentuberkulose von der Haft entbunden wurde? Ein Arbeiter Behner in Hagen i. Westf., der sich in Haft befindet, hatte Entlassung beantragt mit Rücksicht auf seine schwere Lungentuberkuloseerkrankung. Es wurde nachgewiesen, daß Behner seit Jahren lungenleidend ist, wegen Lungentuberkulose vom Militär entlassen und invalide ist. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. Herr v. Jagow wurde aus der Haft entlassen, weil er in der Jugend an Tuberkulose litt. Der Dichter Ernst Toller, der wegen eines rein politischen Delikts festgehalten wird, der jetzt Abgeordneter des bayerischen Landtags geworden ist, wird nicht aus der Haft entlassen. Dieser Mann ist in hohem Grade tuberkulös. Atteste von medizinischen Autoritäten ersten Ranges wurden beigebracht und vom Gesundheitsrat bestätigt. Wird der Justizminister, dem dieser Fall sicher nur nicht bekannt ist, jetzt nachholen, daß der Dichter Toller in Bayern losgelassen wird. Allerdings, eine halbe Million wird er nicht hinterlegen können. Herr Minister Gradnauer beabsichtigte mich unwahrhaftiger Berichterstattung. (Zustimmung rechts.) Herr Minister, ich benede Sie nicht um den Beifall der Deutschen nationalen. (Zuruf: Das geschieht Gradnauer ganz recht!) Ich kann mich an alle Mitglieder des Hauptausschusses wenden, und ich möchte abwarten, ob einer hervorsteht und behaupten kann, daß der Minister nicht das gesagt hat, was ich hier ausgeführt habe. Ich habe mich an das von mir wörtlich aufgenommene Stenogramm gehalten. Herr Minister des Innern, solange Sie glauben, die Regierung kann überzeugen zu können, wird es unmöglich sein, die Einwohnerwehren aufzulösen. Solange eine Partei das zu bedenken versucht, was ihr Minister entgegen ihrer Auffassung ausspricht, solange sieht sie nicht einwandfrei da. Solange daher Herr Müller versucht, Herrn Gradnauer zu bedenken, sind wir auch verpflichtet, seine Partei für die Haltung ihrer Minister verantwortlich zu machen. Wir appellieren an die Arbeiterschaft aller sozialistischen Parteien, mit uns den Kampf gegen die Ausnahme-schutz zu führen.

Abg. Kuncer (U. S. P.): Ich will mich an den Erörterungen über die Justiz nicht beteiligen. Ich stelle nur die Anfrage an die Regierung, ob sie angesichts der tiefgehenden Venuhrung, die der Schutzelemente in den weitesten Kreisen des Volkes und in Pachtstellen hervorgerufen hat, nicht Wert darauf legt, den Entwurf noch vor der Sommervertagung in erster Lesung erledigt zu sehen.

Die Resolution wegen Aufhebung des Belagerungszustandes wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt. Sodann wird beschlossen, die im Etat eingestellten 1,5 Millionen Mark für Freifahrtarten für ordentliche Mitglieder des Reichstags zu bewilligen.

Bei der Position: Ausgaben für das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsgräber führt

Abg. Moses (U. S. P.): Es sind fast drei Jahre nach dem Kriege vergangen und noch immer nicht sind die amtlichen Verlustlisten über die Toten, Verwundeten und Vermissten ausgegeben. Das Zentralnachweisamt muß jetzt endlich mit einer solchen Veröffentlichung herauskommen, damit nicht im Volk der Glaube entstehen kann, man wolle mit einer solchen Liste mit Absicht zurückhalten. Man hat mir auf meine Nachfrage erklärt, man könne noch keinen Abschluß machen, weil noch G e s a n g e n e in Frankreich wären. Es kann sich doch nur um die wenigen Gefangenen in Kolonien handeln, und vielleicht um ganz wenige Gefangene in Rußland. Selbst wenn diese Zahlen noch verhältnismäßig hoch wären, so wäre das kein Grund gegen die sofortige Veröffentlichung der Verlustlisten. Auch aus wissenschaftlichen Gründen ist eine solche Statistik notwendig, und zwar nicht nur eine Liste über die Toten und Verwundeten und Vermissten, sondern auch über die Zahl der in den Lazarettten an Krankheit und nicht an Verwundungen Gestorbenen. Bei allen anderen Kriegen sind solche Listen erschienen. Dazu braucht man aber amtliches Material. Und aus diesen volkswirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gründen ist die Veröffentlichung notwendig.

Ein Regierungsvertreter: Die Verluste lassen sich nicht übersehen, da eine Anzahl von Gefangenen noch nicht zurückgeführt ist. Doch wird man die Ergebnisse bald veröffentlichen können.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Beim Nachtragshaushalt für das Ernährungsministerium gelangt eine Entschlezung des Ausschusses, auch die im württembergischen Alßau bestehende Milchwirtschaftliche Versuch- und Lehranstalt in Wangen mit Reichsmitteln zu unterstützen, zur Annahme.

Hierauf wird die Weiterberatung verlagert.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr. Tagesordnung: Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten, Interpellation betr. Beseitigung der Sanktionen, Militärverordnungs-gesetz, Nachtragsetat. — Schluß 6 3/4 Uhr.

Novellen zur Sozialversicherung

Im 6. Ausschuss des Reichstages fand am Dienstag erneut eine Aussprache über die Dringlichkeit der sozialpolitischen Vorlagen statt. Entgegen ihrer bisherigen Auffassung stellten sich nunmehr auch das Zentrum und die Demokratische Partei auf den Standpunkt der sozialistischen Parteien, wonach in erster Linie die Novelle zur Invalidenversicherung verabschiedet werden, während die Vorlage zur Angestelltenversicherung im Herbst beraten werden soll. Die Abg. Thiel (Volkspartei) und Lambach (Din.) machten noch einen letzten Versuch, eine dreitägige Durchsicht der Novelle zur Angestelltenversicherung vor dem 2. Juli zu erreichen. Sie machten geltend, daß ohne die sofortige Beitragserhöhung das Heilverfahren in der U. V. gefährdet sei, müßten sich aber von einem Regierungsvertreter lassen lassen, daß die vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt bisher verordnete projektuale Beschränkung in der Bereinstellung von Mitteln für das Heilverfahren im Gesetz selbst keine Grundlage findet. Das Direktorium kann aber jetzt schon ohne Beitragserhöhung erheblich größere Mittel für das Heilverfahren bereitstellen, und es wurde von den Abgeordneten des A. B. Bundes verlangt, daß dies auch schleunigst geschieht. Nachdem so die letzten Ausreden der Thiel und Genossen erledigt waren, beschloß der Ausschuss gegen zwei Stimmen im Sinne der von unseren Genossen Aufhäuser und Karsten in mehreren Sitzungen gemachten Vorschlägen zu verfahren. Danach soll vor den Ferien nur noch die Erhöhung der Versicherungsgränze erfolgen, während die große Reform der Angestellten- und Arbeiterversicherung nach den Ferien auf breiter Grundlage eingehend beraten werden wird. Die den Angestellten drohenden Gefahren sind demnach zunächst abgewendet worden.

Zu den Beratungen über die neue Beitragserhebung in der Invalidenversicherung lag ein Antrag Hübner (S. P. D.) vor, der eine neue Lohnlosen-einteilung vorschloß. Die Aussprache darüber ist noch nicht abgeschlossen. Genosse Karsten ließ keinen Zweifel, daß die U. S. P. vor allem eine Erleichterung der Leistungen und eine härtere Berücksichtigung der Altrentner fordert. Es sei auch nicht länger angängig, daß die Bekämpfung auf dem Gebiet der Sozialversicherung dauernd hinter der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nachhinkt.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Mühsamer
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen & Warzen.
In Apotheken & Drogerien erhältlich.

